

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Grabenstraße Nr. 5 und Neue Grabenstraße 11, durch die Buchhandlung, Bürgerweide 11, durch die Buchhandlung, Hauptstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus: eintrichter wöchentlich 1,40 Goldmark monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsgesellschaft für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Geschäftsstelle: Dresden 2
Journalsch.-Anschl.: Geschäftsstelle Ring 1208, Redaktion Ring 3142
Postfach-Nr.: Postfach-Ring Dresden Nr. 5832

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschlossene Anzeigen aus Schrift, an 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verzeile, Veramtlungen und Wohnungsanzeigen 7 Pf., Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 12 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die Unmöglichkeit der Großen Koalition

beweist mit großer Deutlichkeit eine Kundfrage des „Berliner Tageblatts“. Von der Deutschen Volkspartei ist zwar in den Antworten der alte Kluge Professor Kahl der deutschnationalen These entgegen, daß in Deutschland nur ohne und gegen die Sozialdemokratie regiert werden könne. Sein, den Wirtschaftskreisen näherstehender Fraktionskollege Moldenhauer aber bekennt sich offen zu diesem deutschnationalen Satz. Unter gesundheitlich erschwerterweise fast wieder hergestellter Gesundheit des rechten Volkspartei-Führers hin und her, solange diese Strömung in dieser Partei herrsche, werde eine feste Regierungsmehrheit erst möglich sein, wenn neue Reichstagswahlen eine klare Mehrheit von Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie ergeben. Dann würden sich vielleicht andere Gruppen auch wieder umorientieren. Dem muß sich auf Grund der Umfrage auch das demokratische Blatt selbst anschließen.

Libel lehnt den putschistischen Bürgermeister ab.

Libel, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Mittrauensvotum gegen Bürgermeister Dr. Neumann wurde am Mittwoch abend in zweiter Lesung mit 43 gegen 32 Stimmen angenommen. Damit ist Neumanns Schicksal endgültig besiegelt. Theoretisch bleibt zwar noch die Möglichkeit offen, daß der Senat sich mit Neumann stillschweigend erklärt und den Volkswahlern anruft. Praktisch ist jedoch bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis im Senat und der Stimmung in der Bevölkerung nicht damit zu rechnen. Bei der am Donnerstag beginnenden Feier der 700jährigen Reichsfreiheit der Stadt Libel wird der Reichstanzler des Herrn Clah jedenfalls nicht mehr in Erscheinung treten.

Kommunisten für Schwarz-Rot-Gold.

Wie der „Vorwärts“ berichtet, haben in der Bremer Bürgerpartei die Kommunisten einstimmig für den sozialdemokratischen Vorschlag zugunsten von Schwarz-Rot-Gold gestimmt.

Der Führer des österreichischen Bürgerturns gegen den Anschluß an Deutschland.

Paris, 3. Juni. (Eigener Funkenbericht.) Der frühere österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel, der am Mittwoch auf der Durchreise nach dem Vereinigten Staaten in Paris weilte, war Gast des französischen österreichischen Komitees, an dessen Spitze Kriegsminister Painlevé steht. In einer kurzen Ansprache gab Seipel ein Bild von der gegenwärtigen Lage Österreichs, wobei er betonte, Österreich wolle den Status des Bundeslandes nicht nur leben, sondern sei auch lebenswillig und lebensfähig und spreche sich unumwunden gegen den Anschluß an Deutschland aus.

Dr. Seipel ist nicht nur der erklärte Führer der größten bürgerlichen Partei Österreichs, der Christlich-Sozialen. Er hat als Bundeskanzler auch die andere österreichische bürgerliche Partei, die sogenannten Großdeutschen, unbedingt hinter sich gehabt, kann also als Führer des ganzen österreichischen Bürgertums gelten. Während die österreichischen Sozialdemokraten im Sinne des verstorbenen Genossen und Anführerpropagandisten Ludo Hartmann entschieden für den Anschluß eintreten, sind es die sonst mit nationalen Phrasen so freigebigen Bürgerlichen, deren Führer sich — ausgerechnet in Paris — hier wieder einmal gegen den großdeutschen Gedanken des friedlichen Zusammenenschlusses aller Deutschen in einem Staate ausspricht. Gewiß ist ein Teil seiner Anhänger, vor allem in den Alpenländern, Tirol, Salzburg usw., damit nicht einverstanden. Aber in Zeiten ungünstiger reichsdeutscher Wirtschaftslage und heftiger Auslandskreditwünsche des österreichischen Bürgertums kann Dr. Seipel es sich leisten, über diese Stimme hinwegzugehen. Wir werden das deutsche Bürgertum daran zu erinnern haben, wenn es sich wieder einmal besonders national aufspielt! Ein Gegenstück zu dieser Erklärung Seipels, die nicht vereinigt dasteht, bot jedoch erst wieder der Deutsche Bund der Landwirte in der Tschechoslowakei, der den tschechisch-nationalen Parteien für Entgegenkommen in Agrarfragen willige Dienste leistete und ihnen damit nach dem Verlangen der tschechischen Mehrheit einen prinzipiellen Ausweg in den kulturellen Forderungen des deutschen Volkes in Böhmen ersparte. So steht der nationale Gedanke des Bürgertums aus, wenn man ihn für ein Stück Auslandsrecht über einen Agrarzoll einzutauschen kann!

Das Hohenzollernvermögen zusammengestohlen

Feststellungen des Finanzminister im Landtag.

Im Preussischen Landtag haben gestern die Rechtsparteien wieder einmal Ursache gefunden, in wildes Loben auszubrechen. Der Preussische Finanzminister Höppler-Wschoff wehrte sich nämlich gegen ihre Angriffe in der Fürstenabfindungsfrage seiner Haut und brachte dabei aus seiner genauen amtlichen Kenntnis über die Entstehung des Hohenzollernvermögens einige für die Monarchisten höchst unangenehme Wahrheiten ans Tageslicht. Höppler-Wschoff ist persönlich nicht für unsere Forderung der entschädigungslosen Enteignung der fürstlichen Nichtstuer eingetreten. Er gehört sogar zu denjenigen Reichsbannerführern, die die große republikanische Kampforganisation zur Zurückhaltung in der zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten ja kritischen Enteignungsfrage bestimmt haben. Aber den Rechtsparteien war schon seine Kritik an den ersten Kompromißentwürfen der Reichsregierung auf die Nerven gegangen. So brachten sie dem demokratischen Minister durch ihre Vorstöße zu seinen gestrigen Mitteilungen, die unserer Meinung nach im Ergebnis manchen Schwankenden zur Abstimmung für unsere Volkswahlbewegung bewegen werden.

Stellte sich doch heraus, daß einige der wertvollsten Vermögensobjekte, die die Hohenzollern beansprachen, von früheren Königen eigenmächtig dem Staatseigentum entnommen und als ihr Privateigentum erklärt wurden. Friedrich Wilhelm IV. hat solche Entscheidungen zu seinen Gunsten nach den Feststellungen des Finanzministers sogar im Gegensatz zu den Gutachten seiner treumonarchistischen Minister mit Einschluß des konservativen Herrn von Savigny getroffen. Nicht nur große Güter, sondern auch der Grundstock des heutigen Barvermögens der Hohenzollern ist auf diese Weise zustande gekommen, wobei die Hohenzollern sich auch Staatseigentum aneigneten, aus dem dringende Staatsschulden zu bezahlen gewesen waren. Auch der nach Höppler-Wschoff zu Worte gekommene frühere schwarz-weiß-rote Finanzminister v. Richter konnte diese historischen Tatsachen nicht ableugnen.

Was soll gegenüber diesen Feststellungen über die Erwerbung des Hohenzollernvermögens durch ständiges Bestehlen der Staatskasse noch das Geschrei von der angeblichen Bedrohung rechtmäßigen Privateigentums? Ist das „Volkswort“, wenn der Staat für soziale Zwecke zurückhält, was ihm widerrechtlich durch Fürstentum weggenommen wurde? Wir glauben vielmehr, das entspricht dem Rechtsempfinden der großen Volksmehrheit und es kann nur darauf ankommen, ihr diese Tatsachen auch zur Kenntnis zu bringen — dann muß der Volkswahl gegen die Fürsten siegreich sein! — m.

In der gestrigen Landtagsitzung, in der der Haushalt des Finanzministeriums zur Beratung stand, wies

Finanzminister Höppler-Wschoff deutschnationalen Angriffe wegen seiner Haltung in der Frage der Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürsten zurück und fuhr dann fort: Der Rechtsstandpunkt der preussischen Staatsregierung ist heute genau der gleiche wie vor einem Jahre. Bei der Auseinandersetzung zwischen der Krone und dem Staat war die Krone Partei. Gleichwohl war durch seine monarchistische Stellung der König in der Lage, in diesen Streit entscheidend eingzugreifen. Wiederholt hat er entscheidend eingegriffen (Jurist links: Zu seinen Gunsten). Der Streit um Wackerhausen ist durch Kabinettsorder Friedrich Wilhelms IV. entschieden worden gegen das Statum der Staatsminister, gegen das Statum des Justizministers von Savigny. (Hört! Hört! links.) Der Streit um Platon-Projekte ist zugunsten der Krone dadurch entschieden worden, daß ein Kabinettsorder, das von den Ministern als unverbindlich hingestellt wurde, von der Krone bekräftigt worden ist. Der Streit um Schwedti-Bierbräu ist dadurch zugunsten der Krone entschieden worden, daß die Krone den Justizminister beauftragte, die Krone nur dem Geheimen Justizrat zu verlegen. So hat in drei entscheidenden Fällen — es handelt sich um drei wesentliche Güterkomplexe, die die Krone überhaupt aus dem Reichsvermögen des Reiches übernahm — die Krone in jeder Sache Recht über Basisverhältnisse behalten. Dadurch sind der Krone zunächst einmal vorläufig zugefallen Platon-Projekte, Bierbräu-Wackerhausen und Wackerhausen. In der Zwischenzeit waren Wackerhausen und Bierbräu — in jeder Hinsicht besonders kennzeichnende Beispiele an — von der Domänenverwaltung des Staates netzwerkelt worden. Von diesen Güterkomplexen

waren Güter verkauft worden, um die Schulden des Preussischen Staates aus den Befreiungskriegen zu bezahlen. (Hört! Hört! links.) Man war davon ausgegangen, daß diese Güter Eigentum des Staates seien. Nachdem entschieden war, daß sie nicht als Eigentum des Staates sondern als Eigentum der Krone zu betrachten seien, wurden nunmehr von der Krone Forderungen erhoben, insofern erhoben als Teile dieser Güter in der Zwischenzeit zugunsten des Staates verkauft und die Erlöse zur Tilgung der Schulden verwendet waren. (Hört! Hört! links.) Auch diese Forderungen sind auf Anordnung der Krone zugunsten der Krone erledigt worden. (Hört! Hört! links.) Diese Mittel, die der Erlös aus dem Verkauf von Gütern, die verkauft waren, um Staatsschulden zu bezahlen, sind der Krone wieder zugeflossen und haben den Grundstock der Kapitalienfonds der Krone gebildet. (Sehr richtig! links.)

Der ganze Streit wäre nicht in die Erscheinung getreten, wenn die Krone den großen Standpunkt eingehalten hätte, wie er von Friedrich II. eingenommen war und wie er in den Bestimmungen des allgemeinen Landrechts zum Ausdruck kommt. (Sehr richtig! links.) Das Allgemeine Landrecht geht davon aus, daß der gesamte unbewegliche Besitz Eigentum des Staates sei, und daß der König nur Widerspruch auf gewisse Einkünfte dieses unbeweglichen Vermögens habe, damit das Oberhaupt des Staates die ihm obliegenden Pflichten erfüllen und die dazu erforderlichen Kosten bestreiten könne. (Hört! Hört! links.) Das ist der grundsätzliche Standpunkt des Allgemeinen Landrechts, wie er auch vom Kurfürsten von Stein vertreten worden ist, als die Krone erörtert wurde, ob ein Teil der Domänen verkauft werden dürfe, um die Schulden des Staates aus den Befreiungskriegen zu bezahlen. Das ist der grundsätzliche Standpunkt, der auch von den späteren Justizministern und Finanzministern in den Auseinandersetzungen mit der Krone vertreten wird. Der Rechtsstandpunkt des preussischen Staates ist im Rechtsgutachten dargelegt, das im Jahre 1922 vom Finanzministerium ausgearbeitet worden ist. Nach diesem Rechtsgutachten ist Platon-Krojanke zu Unrecht der Krone zugefallen, ebenso Schwedti-Bierbräu und Wackerhausen. (Sehr richtig! links. Große Unruhe rechts. Glocke des Präsidiums.) Ich muß dann nach an den Verkauf des Akademie-Bierbräu erinnern. Das Akademie-Bierbräu ist jetzt als Eigentum der Krone betrachtet worden. Der Staat hat es im Tausch erworben und man hat außerdem der Krone noch mehr als acht Millionen dafür gegeben. (Hört! Hört! links.) Nachher hat sich das Staatsministerium auf den Standpunkt gestellt, daß man zu Unrecht das Akademie-Bierbräu als Privateigentum betrachtet habe. Aus dieses Geld hat man zu Unrecht erloszt und auch hier hat die Krone Vorteile erworben, die ihr nicht gehören. (Hört! Hört! links, lebhaftes Zurufe rechts. Glocke des Präsidiums.) Der Volkswahl, den ich gerne hätte vor mir sehen, ist in der Verfassung vorgesehen. Kom fröhlichen Geschehen — das war der König — ist zugunsten der Krone entschieden worden. Nunmehr soll der heutige Geschehen entscheiden. Wie er entscheiden wird, weiß ich nicht. Jedenfalls kann man seine Entscheidung unter keinem Umstände einen Raub nennen.

Abg. Dr. Waentig (Soz.) begrüßt, daß der Finanzminister dargelegt habe, wie man vom Rechtsstandpunkt aus in der Abfindungsfrage zu ganz anderen Ergebnissen komme als die Deutschnationalen. Mit dem formalen Recht sei in der Abfindungsfrage überhaupt nichts anzufangen. Schon ein alter römischer Rechtsgrundsatz sage: Formales Recht kann höchstens faktisches Unrecht sein.

Bei der Befragung des Staats des Finanzministers richtet Abg. Waentig an das Finanzministerium die Frage, wie es mit den seit Anfang des Jahres 1924 fortgesetzt gezahlten Jahresrenten für frühere reichsrechtliche Fürsten stehe. So habe man an den Fürsten Salm-Horstmar 60 000 Mark, an den Fürsten zu Mecklenburg 40 000 Mark, an den Herzog von Anhalt 40 000 Mark und an den Herzog von Croy 18 000 Mark gezahlt. Aus welchen Einnahmen seien diese Summen bezahlt worden und welche rechtliche Grundlage bestehe dafür? Die Umgestaltung der Kronverwalterung will Waentig bis nach der Entscheidung über die Abfindung verschoben wissen. Für die verschiedenen Bauverwaltungen der einzelnen Ressorts verlangt er eine Konzentrierung bei dem Finanzministerium.

Abg. Dr. v. Richter (D. Rp.) verlangt, daß sich die Staatsregierung, wenn sie einen Vertrag abschließen, auch mit ihrer ganzen Kraft hinter diesen Vertrag stelle. Es sei lebhaft zu bedauern, daß der Finanzminister in der letzten Zeit sich besonders stark in verschiedenen Veramtlungen, besonders des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, betätigt und sich auf diese Weise in rein politische Diskussionen hineingelassen habe.

Abg. Foll (Dem.) bedauerte die ungewöhnlichen Angriffe des Herrn von der Demokratie gegen den Volkspartei-Führer Dr. v. Richter gegen den Finanzminister, dem man doch Dank für seine schwere Arbeit schulde. (Beifall in der Mitte.) Der Vergleich mit den Hohenzollern war abgeschlossen worden und hätte durch Zustimmung des Preussischen Landtags. Glauben Sie, Herr v. Richter, daß sich für diesen Vergleich eine Mehrheit im Landtag gefunden hätte? (Abg. Dr. v. Richter schüttelt den Kopf.) Dann aber kann man den Finanzminister nicht den Kommandeur der Moralität machen. Es handelt sich ja gar nicht um die Bekämpfung des Finanzministers. Ich glaube nicht, daß der Volkspartei-Führer für den Landtag, die erforderliche Stimmenzahl aufbringen wird. Dann wird es Aufgabe des Reichstags sein, eine annehmbare Lösung zu finden, und besser rechnen wir auf die Mithilfe sowohl der Deutschen Volkspartei wie der Sozialdemokraten. (Beifall in der Mitte.)

Ein deutsch-dänischer Schiedsgerichtsvertrag.

Der am Mittwoch unterzeichnet wurde, ist für die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen und soll danach auch weiterhin für die Dauer von fünfjährigen Verläufen Gültigkeit haben, sofern er nicht gelündigt wird. Sofern Deutschland dem künftigen Schiedsgericht im Haag beitrete oder Mitglied des Völkerbundes wird, soll jobs der Parteien ohne weiteres dazu beauftragt sein, sämtliche rechtlichen Streitigkeiten vor diesen Gerichtshof zu bringen.

Nach dem Sturz

der schwedischen Sozialistenregierung.

Eine andere Regierung hat auch keine Mehrheit.
Stockholm, 3. Juni. (Eigener Funkenbericht.) Der mit der Regierungsbildung beauftragte Führer der Freisinnigen, Elman, der bereits im Frühjahr 1923 die Regierung Branting wegen ihrer Arbeitslosenpolitik gestürzt hatte, sieht sich den größten Schwierigkeiten gegenüber. Die Konservativen haben ihm den härtesten Kampf angefaßt. Da die Freisinnigen zusammen mit den Sozialdemokraten die von ihnen bekämpfte Wirtshaft durchgeführt haben. Da auch die Sozialdemokraten, die stärkste Partei des Reichstages, in Opposition zu Elman stehen, ist einsteilen nicht zu erkennen, woher er eine Mehrheit nehmen will.

Den englischen Bergarbeitern soll internationale Unterstützung abgeschnitten werden.

London, 3. Juni. (Eigener Funkenbericht.) Das Unterhaus beschloß am Mittwoch eine Verlängerung der außerordentlichen Vollmachten für die Regierung aus Anlaß des Kohlenstreiks mit 240 gegen 100 Stimmen. Dem Innenminister wurde außerdem das Recht erteilt, die Einfuhr von Geld aus dem Umstände, soweit die öffentliche Sicherheit und das Gelingen der Nation dadurch bedroht werde, zu verbieten. Diese Bestimmung richtet sich gegen eine inanzielle Unterstützung der kämpfenden Bergarbeiter durch ausländische Kollegen, bzw. durch Gewerkschaften Macdonald hat im Namen der Arbeiterpartei angefordert des müßiggeligen Behaltens der Beschränkung eine Verlängerung der Ausnahmevollmachten als nicht notwendig bezeichnet.

Englisch-französische Tauschgeschäfte in Afrika.

Wie die „Vossische Zeitung“ aus London meldet, habe der französische Ministerpräsident Briand die englische Regierung davon verständigt, daß er bereits am Sonntag morgen zur Tagung des Völkerbundesrates in Genf eintreffen werde, um vor der Tagung Gelegenheit zu einer Aussprache mit Chamberlain zu haben. Diese Aussprache soll in Zusammenhang stehen mit den Problemen von Marokko und Abyssinien. Es sei damit zu rechnen, daß England für ein französisches Desinteressement an Abyssinien, also an der östlichen Grenze Nordafrikas eine entgegenkommende Haltung gegenüber französischen Wünschen auf Bewegungsfreiheit bei neuen Abmachungen in Marokko in Aussicht stellen werde. Briand werde auf alle Fälle versuchen, Englands Haltung in Genf in diesem Sinne zu beeinflussen, damit Mussolini mit einem Einspruch gegen die französisch-spanische Marokkopolitik isolierter dasteht als bisher. In Abyssinien geht England befallentlich zusammen mit Italien, es erklärt, daß die Abmachungen über den Osten Nordafrikas vorwiegend wirtschaftlichen Charakter hätten.

Englisch-türkische Einigung.

Der jetzt abgelaufene Vertrag zwischen England und der Türkei steht vor dem Abschluß. Die Türkei wird eine Grenzberichtigung nördlich von Mossul erhalten, aber nicht Mossul selbst. Dafür wird England der Türkei finanzielle Zugeständnisse machen. Die englischen Blätter sprechen von einem neuen Zeitabschnitt im Südoften, und die bisher, als Druckmittel, von England ermutigten Ansprüche Italiens und Griechenlands auf Kleinasien haben mit einer solchen Unterstützung künftig nicht mehr zu rechnen. Wahrscheinlich sind sie damit realpolitisch erledigt, wenn sie auch in den Rundgebungen der Diktatoren noch eine theoretische Fortsetzung finden werden. Italien hat übrigens schon vor einiger Zeit den Konjunkturumschwung vorausgesehen und der Türkei Lokalitätsklärungen gemacht, die in Angora allerdings nur mit Mißtrauen aufgenommen wurden.

Frankreichs Schuldenregelung mit Amerika.

Washington, 3. Juni. (Eigener Funkenbericht.) Das Repräsentantenhaus hat das Schuldenabkommen der Vereinigten Staaten mit Frankreich mit 236 gegen 11 Stimmen ratifiziert. Das Abkommen bedarf noch der Zustimmung des Senats.

Auch Polen erkennt den neuen Präsidenten an.

Warschau, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Polen wurde am Mittwoch der Ausnahmezustand aufgehoben. Der polnische Reichstag hat den neuen Präsidenten anerkannt. Damit ist die reaktionäre Separatistenbewegung hinfällig.

Die jetzige Regierung wird nach der Wahl des Präsidenten am Freitag voraussichtlich demissionieren, aber wieder berufen werden. Der Sejm dürfte in vier Tagen wieder zusammentreten, um die in der Zwischenzeit ausgearbeitete Vorlage über außerordentliche Vollmachten der Regierung zu beraten.

Die für Freitag, mittags 12 Uhr, vorgesehene Verhandlung des neuen Staatspräsidenten Wójcicki wird nicht im Landtag, sondern im großen Empfangssaal des alten Königschlosses stattfinden. Der neue Präsident wird im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der im Belvedere residierte, in diesem Staatschloß wohnen. Hier soll auch für Marschall Wójcicki eine Wohnung hergerichtet werden.

Aus dem Reich.

Ein weiteres Landtagsmandat für die SPD. Der Genosse Franz Marx, Stadtrat in Bonn, ist am Mittwoch offiziell als Mitglied in den Preussischen Landtag eingetreten. Seine Wahl hat sich ergeben aus der Überprüfungs des Wahlergebnisses im Wahlkreis Köln-Land. Dabei hat sich herausgestellt, daß in diesem rheinischen Wahlkreis 20 000 Stimmen mehr für die Sozialdemokratische Partei abgegeben worden sind, als bisher tatsächlich zur Berechnung kamen. Auf Grund dieser Feststellungen hat der Landtag einstimmig beschlossen, den Genossen Marx sofort als Landtagsabgeordneten anzuerkennen. Die Frage, ob der bisher auf der Landesliste gewählte Genosse Dr. Badi weiterhin als gewählt gilt, unterliegt der Nachprüfung durch das preussische Wahlprüfungsgericht.

Bekanntes Professor Bestings. Professor Besting hat sich, der „Vossischen Zeitung“ zufolge, wegen der unglücklichen Vorkommnisse an der technischen Hochschule in Hannover an das Kultusministerium gemeldet mit der Bitte um Entlassung. In der Besondere teilt Professor Besting mit, daß er bei dem Versuch, die Hochschule zu verlassen, von Studenten getreten, vor die Brust gestoßen und beschimpft worden sei. Er möchte die Schutzpolizei um Hilfe angehen, um aus der Hochschule zu gelangen.

Zum Bürgermeister des Groß-Berliner Bezirks Kreuzberg wurde am Mittwoch Genosse Dr. Herz, bisher Stadtrat im Bezirk Spandau, mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gewählt.

Wieder ein Korruptionsprozeß des Landtages. Der Sekretär des Landtages im Kreise Teltow, Hoffmann, weit und breit bekannt als völkischer Vorkämpfer für die „Erneuerung Deutschlands“, wurde wegen Unterschlagung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte aus der Landtagskasse 6000 Mark entwendet und suchte es so hinzustellen, als ob es sich bloß um einen Vorstoß auf seine Entlohnung handelte. Andere im Landtag hielten es befallentlich ebenfalls gemacht.

Kleine Auslandsnachrichten.

Von der Spaltung der Liberalen Partei in England. Der Parlamentsberichterstatter eines Londoner Abendblattes berichtet, daß die Veröffentlichung der neuen Briefe Lord Oxfords und seiner Anhänger an die Regierung Lord Georges, sich aus der Liberalen Partei verdrängen zu lassen, nichts geändert hat. Von gut unterrichteter Seite werde angenommen, daß sich die Liberale Partei im Unterhaus auf Grund der Generalkonferenz in drei Teile spalten werde, nämlich in die Anhänger Lord Georges und die in Lord Oxfords und in eine dritte Gruppe, die sich an keine dieser beiden Gruppen halte.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen dem Vertreter Englands und dem Chinas in der Opiumkommission des Völkerbundes hatte einwachen zur Folge, daß sich der chinesische Delegierte Tchang Hsin Tschu, Chinas Botschafter in Rom, am Mittwoch durch einen Erzhäuptling vertreten ließ und an der Sitzung der Arbeitskonferenz teilnahm. Es wird angenommen, daß die scharfen Erklärungen des Vertreters Chinas gegen England keine diplomatischen Folgen haben werden.

Die Lage in Portugal. Eine französische Agentur meldet aus Lissabon: Die kommunistische Partei hat den Generalkrieg gegen den Militärdiktator proklamiert, jedoch ist dieser Beschluß bis Mittwoch abend noch nicht ausgeführt worden.

Deutsche Werkstudenten in Amerika. Fünfundzwanzig Werkstudenten, die von der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenvereine zur praktischen Arbeit und zum Studium amerikanischer Fabrikationsmethoden in großen industriellen Betrieben herbeigeführt worden sind, sind vor wenigen Tagen in Newport und nach dem Besuch der Städte Pittsburg und Philadelphia in Washington eingetroffen. Sie haben bei amerikanischen Verbänden und Vereinigungen, mit denen sie auf ihrer Reise in Verbindung gekommen sind, gastliche Aufnahme gefunden. Der deutsche Botschafter Freiherr von Makhan, gab den Studenten in der Botschaft ein Frühstück. Weitere fünfundzwanzig Studenten werden voraussichtlich im Laufe des Monats Juni in Newport eintreffen.

Hg. Müller-Franzen (Wirtsh. Bg.) erklärte, seine Partei verzehe den Standpunkt: davon wenig weiß, aber auch keinen Meinung weniger (1) für die Parteien, als hier zugeht.

Finanzminister Dr. Hübschmann äußert sich über die Angelegenheit der Säuren-Basen der Kronprinzessin, und erklärt, daß diese Basen bei den Auswanderungsverhandlungen im Eigentum der Krone belassen werden sollten, daß aber der Direktor des Rumpfbauwerks gebieten hätte, der Kronprinzessin für die Basen ein Rembrandt-Bild anzubieten. Die Kronprinzessin habe dann geantwortet, die Basen einmal beschlagnahmt zu dürfen und die wertvollen Säuren aus diesem Grunde zurück zu erhalten. Darauf hat die Kronprinzessin die Basen zurück behalten. Ohne Zustimmung der Kronprinzessin wurde das preussische Finanzministerium durch den Reichstag auch dann die Basen nicht beschlagnahmt, was den Vertretern der Krone mitgeteilt wurde. Die Basen sind jetzt zurück gegeben.

Die Ausführungen des Herrn Hg. v. Richter zur Fröhenabfindung haben meine Bewunderung hervorgerufen, weil Herr Dr. v. Richter als früherer Finanzminister doch eingehend über die Verhältnisse unterrichtet ist. Er weiß also, wie ansehnlich viele Forderungen der Krone sind. Ich trete für entschädigungslose Entzignung nicht ein. Die richterliche Entscheidung in den Auseinandersetzungsfragen war ebenfalls unzweifelhaft. Die Urteile in Thüringen haben dem Hof den Boden ausgeschlagen. Wenn eine vernünftige Lösung bisher nicht gelungen ist, so liegt die Schuld daran nicht bei der preussischen Staatsregierung und auch nicht bei mir persönlich. (Zustimmung in der Mitte.)

Was das Reichsbanner angeht, so sehe ich in ihm nicht eine Parteiorganisation, sondern eine Organisation, in der die Liebe zur deutschen Republik gepflegt werden soll. (Lachen und Widerspruch rechts.)

Hg. Meier-Berlin (Soz.):

Der ganze Kampf um die Fröhenabfindung hat bis jetzt klar gezeigt, daß es sich hier um eine politische Frage und nicht um eine Rechtsfrage handelt. Die Wut der Rechten über den Volksentscheid hat ihre guten Ursachen: es geht um die Macht in Preußen. Der Terror beim Volksbegehren soll jetzt wiederholt werden. Daher die Parole der Rechten auf Nichtbeteiligung am Volksentscheid. Auch die Wirtschaftspartei stimmt nun in das Geschrei mit ein, daß es sich bei dem Volksentscheid um die Frage „Recht oder nicht“ handle. Man vergißt ganz, daß Leute, die sich im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte widerrechtlich ein Vermögen angeeignet haben, gar nicht enteignet werden können, wenn man dem Volk das zurückgibt, was ihm gehört. Die Kabinettsorders haben den am Volk begangenen Diebstahl gesetzlich legalisiert. Dieses Unrecht gilt es jetzt wieder gutzumachen.

Die Rechtsparteien fordern, daß die Fröhen nicht anders behandelt werden, wie Meier Müller, Schulze. Deshalb beruft man sich auf die Verfassung, die man sonst herunterreißt. Die Rechte will das angebliche Vermögen Wilhelms II. reiten. Der Defektor von Doorn hat bereits viel mehr verloren als sein Vermögen. Der Defektor hat seine Ehre eingebüßt. In der Defektorenfrage plädiert die Rechte nicht dafür, daß der frühere Kaiser ebenso behandelt werde, wie Meier Müller, Schulze. Die gewöhnlichen Defektoren wurden erschossen. Das Urteil des Volkes über die Hochverrats ist längst gesprochen. Freitag: Weiterberatung.

Der Kampf um die Verfassung im bayrischen Landtag.

München, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Bayerischen Landtag spielte sich am Mittwoch der erste öffentliche Akt des Kampfes um den § 92 der bayrischen Verfassung ab, durch dessen Abänderung die Verfassung rückwärts revidiert werden soll. Das Hauptziel der monarchistischen Reaktion in Bayern ist die Einsetzung eines Staatspräsidenten und einer zweiten Kammer, um so den alten Obrigkeitsstaat wieder in den Sattel zu setzen. Die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen haben sich ja in der gleichen Frage im Jahre 1924 in einem Volksentscheid bereits eine schwere Niederlage geholt. Damals sind die Völkischen aller Schattierungen in scharfer Weise gegen die Absichten der Reaktion auf den Plan getreten. Jetzt stehen lebhaft die auf Hitler eingeworbenen Halenkreuzler noch in Opposition, während die Abgeordneten des sogenannten „Völkischen Blocks“ sich zu Steigbügelhaltern der Reaktion entmannt haben, was sie durch einen eigenen Antrag, den sich die beiden Rechtsparteien zu eigen gemacht hatten, dokumentierten. Bei der Abstimmung in der ersten Lesung wurde dieser Antrag mit einfacher Mehrheit angenommen. Ob sich bei der für den kommenden Dienstag angesetzten zweiten Lesung die notwendige qualifizierte Zweidrittelmehrheit für den Antrag ergibt, ist durchaus ungewiß, da einzelne Abgeordnete des Bauernbundes nicht gewillt sind, der Reaktion Helfershelfer zu leisten. Bei der Abstimmung am Mittwoch befand die Opposition aus den Sozialdemokraten, den Kommunisten, den Nationalsozialisten, den drei Demokraten, einem Zentrumsgesandten und einem Bauernbündler.

Der Bürge.

Roman von T. H. S. Hall Caine.

Als dann Ballacrine in großen Lettern auf jedem Scheintor im Norden von Man zum Verkauft ausgehoben war, ging Jakob Farnbrother zu Marty the Lord Hunter und gab ihm den Auftrag, es für ihn wieder zu kaufen. Am Freitagvormittag kam deshalb Marty the Lord mit etwas böseigen Geuten, Bauern, Minenarbeitern, Advokaten und Geschäftsmännern die Felle heraufgezogen. Ballacrine wurde bittig einem Ungenannten zugeführt.

Soweit war der Handel gut verlaufen gegangen. Als aber die Zeit der Isambard herannahte, mußten die Schmeicheleien. Jakob war in Sorge, wo er das Geld, das er in Island nicht brauchen würde, und das er auch dortin nicht mitnehmen wollte, früher unterbringen konnte. Und die anderen alle — ausgenommen John — waren in Röhren wegen ihrer eigenen großen Pässe.

Dem Aher, Stean, Koh und und Thurman, von denen ein jeder beschloßen hatte, daß er auch nach Island gehen wollte, hatten das Wort zu erwägen. Ihr letzter Handel hatte ihre Mittel alle ausgezehrt. Der Gewinn des Verkaufs von Ballacrine für George war Jakob zum Verkauft übergeben worden. Dazu beschloß er die Versicherungsumme zu eigen. In der Meinung war, daß Jakob mehr habe, als er brauche, wogegen sich ihm einer nach dem anderen, verträglich und höflich, und sagte ihm wunderbare Dingen auf, denn natürlich wogten sie nicht zu sagen, daß sie ihn nach Island folgen wollten, was ihm nicht paßte.

Aher nahm Jakob auf die Seite. „Ich bin gewaltig in der Meinung, mein Junge, und brauche fünfzehnhundert Pfund für Dringungen. Ich nehme an, daß du sie mir zu fünf Prozent leihen wirst.“

„Ich kann nicht, Aher, ein Marty the Lord hat mich schon genagt.“

Darauf kam Stean, der ganz langsam und gleichgültig hereintrat und sagte: „Da hätte ich etwas Geldes vor. Ich brauche ein Zwanzig Pfund für dreißig Pfund haben — nur dreißig Pfund — ein guter Handel! Kannst du mir das Geld geben? Ich aber ja kein Wort davon, denn das Geld ist schon genagt.“

„Lut mir sehr leid, Koh ist vor dir hier gewesen. Ich habe ihm das Geld eben geliehen.“

Koh selbst kam bald darauf: „Ich hörte neulich von Stean fünfzehnhundert Pfund, und nun hast er es nicht unter seiner Bürde, mir um dieser lumpigen kleinen Summe willen mit Zwanzigprozentierung zu drohen. Es mag sein, daß du mir darüber hinweghiffst und Stean nichts davon sagt.“

„Berühme dich, Koh“, antwortete Jakob, Stean erzählte es mir selbst, und ich habe ihm schon alles bezahlt, was du ihm schuldest.“

Zuletzt kam noch Thurman, der sich vorher recht Mut angekränkt hatte, und sagte: „Was sagst du dazu? Der alte Ballabeg ist gestorben, der in der Kirche das Geld spielte. Nun wünscht der alte Aher, daß ich an Ballabegs Stelle treten möchte. Ich hätte auch gar nichts dagegen, nur kostet eine Zwanzigprozent ungeheuer viel — etwa zwanzig Pfund.“

„Was, was ist dabei?“ unterbrach ihn Jakob. Der Pastor will dir das Geld zu leihen. So sagte er mir selbst.“

Mit sehr kleinen Antworten antwortete Jakob der Gefahr, seinen Brüdern, denen er nicht trauete, Geld zu leihen. Er trug es zu Marty the Lord Hunter, der es in guter Sicherstellung ausleihen sollte. Aher, Stean, Koh und Thurman, die hieran nichts sagten, gingen nun im geheimen ein jeder auch zu ihm Hunter. Marty the Lord heffelt, was er wollte, für sich und sollte auch keine zu hoch gespannten Forderungen. In Jakob sagte er: „Ich kann dein Geld mit guter Sicherstellung ausleihen.“

„Wem?“

„Ich habe mein Wort gegeben, es nicht zu sagen. Biental dies willst du?“

„Nicht unter zwanzig Prozent.“

„Ich werde sie bekommen“, sagte Marty the Lord, und Jakob ging mit kühnem Lächeln fort.

Dann sagte Marty the Lord zu jedem der Brüder: „Ich kann auch das Geld beschaffen.“

„Den nem?“ fragte Aher, der jetzt kam.

„Ich habe geschworen, es nicht zu sagen.“

„Wem?“

„Für vier Prozent mehr Zins.“

„Nur das ist möglich. Er schlägt zusammen.“

„Man, wer es auch ist mag.“

„Das ist er, mein Zins“, antwortete Marty the Lord. „Da er aber das Geld nicht selbst beschaffen konnte, so es von einem Bekannten zu fünf Prozent der Beschaffung mag.“

„So will er also vierzehn, der habgierige Geizhals! Das ist übertrieben! Der Teufel soll mich holen, wenn ich so viel zahle!“

„Du brauchst dich deswegen nicht zu beunruhigen. Es wollen noch drei andere das Geld, wenn du darauf verzichtest.“

„Ich nehme's“, sagte Aher, und während ging er fort.

Dann folgten Stean, Koh und Thurman, einer nach dem anderen, und jedem ging es wie Aher. Als das Geschäft abgeschlossen war und die Zeit zur Abfahrt nach Island herannahte, war es dröblig zu sehen, wie sie ihre geschäftlichen Vorbereitungen zu verbergen suchten. Nachdem alles besorgt und die Brüder alle auf dem gleichen Schiff Schiffslojen bestellt hatten, fuhr Jakob und Gentleman John nach den verschiedenen Höfen, um währenden Abschied zu nehmen.

„Leb wohl, Thurman“, sagte Jakob von seinem Wagen herab. „Wir haben manche Auseinandersetzung gehabt und einander oft beleidigt. Doch werden wir uns einst in Frieden und Ruhe im Himmel treffen.“

„D, wir werden uns noch vorher treffen“, sagte Thurman. Und als Jakob und John nach Ramsey abgefahren waren, bestieg Thurman seinen eigenen Wagen und folgte. Inzwischen waren auch Aher, Stean und Koh unterwegs. Auf dem Deck des Schiffes trafen sie alle. Jeder hatte seinen Koffer auf dem Rücken.

Da wurde Jacobs Gesicht sichtbar. „Was bedeutet dies?“

„Grie er.“

„Doch wir dir nicht trauen können!“

„Kein Einziger?“

„Schneit's“, antwortete Aher.

„Was? Gueem eigenen Bruder nicht?“

„Das Geld ist mir näher als der Tod“, rief Thurman höflich lachend.

„Lege Woche hastest du keine zwanzig Pfund, um eine Zwanzigprozent zu kaufen!“

Stean lachte. Nun wachte sich Jakob zwanzig an diesen. — „Ich du hastest keine zwanzig Pfund für ein paar Dörfer, die Koh ebenfalls haben wollte!“

Nun brach Koh in ein lautes Gelächter aus, und Jakob wachte sich an ihm. — „Ich du bringe zwanzig Pfund zwanzig Pfund, um demütigen dich zu lassen.“

Stean strakte Finger auf Koh, und dieser schaute genaug auf Stean, und Aher plägte hier vor Lachen.

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. Juni.

Die zwanzig Millionen.

Die Fürkender höhnen und spotten: woher wollen die Sozialdemokraten am 20. Juni die zwanzig Millionen bekommen nehmen, die notwendig sind, um das Gesetz gegen die Abgabe der Fürken durchzuführen? Wir wollen es ihnen vorrechnen:

Nicht ganz 20 Millionen, etwa 19 750 000 Stimmen sind notwendig. Diese Stimmen kann allein die Arbeiterklasse liefern. Wir haben nach der letzten Volkszählung an erwerbsfähigen Arbeitern:

in der Landwirtschaft	3,9 Millionen
in der Industrie	10,7 Millionen
in Handel und Verkehr	2,5 Millionen
in öffentlichen Berufen	1,0 Million
Berufslose	0,2 Million
Dienstboten	1,55 Millionen
Insgesamt 19,850 000	

Arbeiter! Das ist eure Macht! Ohne die betrogenen Bauer und Kenner, die Kleinbauern, die Handwerker, die Millionen von Angestellten. Schon eure 19 Millionen Stimmen allein genügen, um den Fürken den Raub zu jagern.

Not und Arbeitslosigkeit

haben in furchtbarer Weise und Härte die wirtschaftlichen Grundlagen weiter Kreise zerstört und viele Existenzen vernichtet. Trotz der Wohnungnot und des Vorhandenseins anderer erwerbender Arbeiter ist bisher eine nennenswerte Arbeitstätigkeit auf den Gebieten der Hausarbeiten nicht durchgeführt worden. Spätere Zeiten werden gewiß nicht verkehren, wie zu solcher Zeit schlimmste Wohnungsnot und Notwendigkeit, Neuhäuser auszuführen, bestanden, dabei aber die Zahl der Arbeitslosen dauernd stieg und ihnen keinerlei Beschäftigung gegeben wurde, so daß infolge des Ausfalls der Kaufkraft von Tausenden und Zehntausenden von Verbrauchern immer weitere Kreise in das wirtschaftliche Verderben hineingerissen wurden.

Verständlich wird aber die Gesamtlage, wenn man die Gemütslage der herrschenden bürgerlichen Kreise kennt, die mit einer ungläublichen Verunsicherung den heutigen wirtschaftlichen Vorgängen gegenübersteht, in ihrer Entwicklung nicht übersehen und mit den Kleinsten. Mitteln versuchen, sie nicht zu sehr in Erscheinung treten zu lassen. Statt das Uebel an der Wurzel zu fassen, ein gewaltiges Bauprogramm auszuführen, jede Möglichkeit, Arbeitskräfte zu beschäftigen, auszunutzen, wird das Geld für unproduktive Sachen verschleudert, sucht man ständig nach Möglichkeiten, durch sogenannte „ideelle“ Angelegenheiten das Volk von seinen Nahrungsvorgen abzulenkten. Reichsgesundheitswesen macht man und sorgt in nichts für Volksgesundheit und Ernährung, ein „Reichsheimat“ will man schaffen, wo die lebenden Kriegssopfer teils durch Selbstmord erden, teils verunglücken, zum Teil durch ungenügende Krankenbehandlung zugrunde gehen.

Eine arme Heimarbeiterin war von einem hiesigen, als Vertreter der „Hauswirtschaft“ bekannten Rechtsanwalt gepfändet worden, und zwar wegen seiner Kosten, der Gerichtsvollzieher hatte als einziges Pfandstück die Nähmaschine der Heimarbeiterin gepfändet. Diese hatte hierauf Freigabe der Nähmaschine beantragt, welchem Antrage das Amtsgericht auch entsprach. Vorher hatte aber der Rechtsanwalt Abweilung dieses Antrages beantragt, mit der wörtlichen Begründung: „Die Nähmaschine ist entbehrlich; wenn angeblich zwei Kinder arbeitslos sind, so mögen sie in Stellung gehen und sich dort ihren Broterwerb suchen.“ Als wenn es heute auf guten Willen zu arbeiten, ankommen würde und die Arbeitsstellen auf der Straße lägen. Der kluge Anwalt fügt hinzu: „In der Landwirtschaft gibt es Arbeit!“ Er vergaß hinzu zu fügen: „für 400 000 polnische Saisonarbeiter, aber nicht für deutsche Arbeiter.“

So geschahen im Monat April 1926 (21. Nr. 3400/26).

Die Berichte von der Werbewoche

schien noch aus einer ganzen Anzahl von Ortsgruppen. Es wird dringend eruchtet, dieselben doch unverzüglich einzusenden zu wollen. Die Formulare sind auch zurück zu schicken, wenn irgendwelche Ergebnisse nicht zu verzeichnen sind. Es geht aber nicht, daß ein Teil von Ortsgruppen dieser einfachen Pflicht, uns wenigstens über die Tätigkeit zu informieren, entgeht. Die Berichte ausfüllen und einsenden, ist doch keine Arbeit, die besonders schwer fällt und nicht zu machen wäre. Also, sofort zusenden!

Landwirtschafts-Ausstellung und Arbeitnehmerchaft.

Breslau hat sich in den letzten Jahren zu einer Messe- und Ausstellungstadt entwickelt. Das allgemeine Interesse der Einwohnerschaft an Ausstellungen ist ein sehr starkes geworden. Das gilt auch hinsichtlich der gegenwärtig in Schmiebielau untergebrachten Landwirtschafts-Wanderausstellung.

Im Gegensatz zu den früheren Ausstellungen anderer Art aber scheint der Ausstellungsleitung wenig an einem zahlreichen Besuch gelegen zu sein. Schon die Eintrittspreise von 5 Mark und 3 Mark in den ersten Tagen und 2 Mark von Donnerstag bis Sonntag sind ein Beweis dafür, daß der Ausstellungsleitung wenig an einem Besuch der unermittelten Einwohnerschaft gelegen ist. Sie wollen scheinbar die Ausstellung nur für ihre Mitglieder und die ihnen nahestehenden zahlungsfähigen Kreise offen halten.

Gelegentlich der Eröffnungsfestlichkeiten wurde zwar von Herrn Raehrich ausdrücklich betont, daß diese Ausstellung auch der Verständigung zwischen Land und Stadt dienen soll. Die getroffenen Maßnahmen der Ausstellungsleitung aber sind bezüglich wenig dazu angetan.

Alle Bemühungen, der Arbeiterchaft — als dem wichtigsten Teil der Erzeugung — den Eintritt zu einem billigeren Preise als 1,75 Mark zu verschaffen, sind erfolglos geblieben. Die Ausstellungsleitung scheint diese Einnahme nicht nötig zu haben, weil ja der Staat entsprechende Zuschüsse leistet.

Die Arbeitnehmerchaft wird demnach darauf verzichten müssen, die technischen Neuerungen dieser Ausstellung zu bewundern und zu studieren. Sie wird das aber um so weniger schmerzlich empfinden, weil die ganze Ausstellung in ihrer äußeren Aufmachung dazu angetan ist, republikanische Gefühle zu verleben.

Arbeiter-Jugend und Volksentscheid.

Für alle Heimleute!

Die ganze nächste Woche stellen wir unsere Heimarbeiter zurück und helfen beim Volksentscheid. Als erste wichtige Arbeit gilt die Flugblattverbreitung am Sonnabend und Sonntag. Das Heim hat jedem Mitglied die Teilnahme zur Pflicht zu machen. Die arbeitslosen Genossen und Genossinnen holen sich die Flugblätter schon Sonnabend, während das Heim geschloffen. Sonntag früh zur Flugblattverbreitung sich sammelt. Die einzelnen Lokale sind aus der heutigen Zeitung zu ersehen. Für genaue Durchführung dieser Arbeit bürgt der Obmann.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die betrogenen christlichen Straßenbahner.

Die Streikdrohung der Straßenbahner führte gestern zu Erörterungen in der Stadtverordnetenversammlung. Bekanntlich ist ein Teil der Straßenbahner christlich organisiert, und leistet politisch den Deutschnationalen Gefolgschaft. Sie tun das in dem Glauben, dadurch aus dem Arbeits- in ein Angestelltenverhältnis zu kommen, ein Glaube, der von deutschnationaler Seite um so eifriger genährt wurde, als sie wußten, daß der Magistrat zurzeit dafür nicht zu haben ist. Der sozialdemokratische Standpunkt geht übrigens dahin, daß nicht die Straßenbahner allein, sondern alle städtischen Arbeiter mit verantwortungsvollen Dienst nach einer gewissen Karenzzeit in ein Angestelltenverhältnis kommen sollen, denn zweifellos ist die Verantwortung der Arbeiter z. B. im Gas- und Elektrizitätswerk nicht minder groß als die der Straßenbahner. Nachdem nun aber die christlich-nationalen Gemüter mit der Angestelltenfrage gehörig in Wallung gebracht worden sind, war auch dort genügend Mut vorhanden, einen Streik anzukündigen, falls die augenblicklichen Lohnverhandlungen ohne Erfolg bleiben sollten. Dies die Situation bei den Christlichen. Die Mehrzahl der Straßenbahner ist selbstverständlich freigewerkschaftlich organisiert und weiß allein schon, was ihr kommt. Nachdem jetzt aber mit der „Radikalisierung“ der Schächken die Sache krenzlich geworden ist, gilt es öffentlich zu bremsen. Dr. Wolf vom Zentrum veranlaßte zu diesem Zwecke den Oberbürgermeister, sich zur Streikdrohung zu äußern. Dieser erklärte, die Schiedsstelle wie der Zentralausschuß haben gegen die Straßenbahner entschieden. Der Magistrat werde nun beim Schlichter beantragen, den Spruch des Zentralausschusses für verbindlich zu erklären. Sollte es zum Streik kommen, dann würde verurteilt werden, den Betrieb trotzdem aufrecht zu erhalten. Zugleich würde an die Streikenden die Aufforderung ergehen, bei Vermeidung der Entlassung innerhalb 24 Stunden zur Arbeit zurückzukehren. Ein Streik der Straßenbahner zur Zeit der Ausstellung sei eine Irregularität. Das Zentrum war mit dieser Erklärung zufrieden, und der Fraktionsführer der Deutschnationalen, Herr Thum, erklärte kräftig, daß der Magistrat fest bleiben müsse. Die Streikdrohung sei ganz unangebracht. Seine Fraktion (Deutschnationale und Volkspartei) stehe einmütig hinter dem Beschlusse des Magistrats.

So, nun wissen die christlichen Straßenbahner, wo ihre Freunde sitzen. Unsere Genossen haben das Wort mit Absicht nicht ergriffen. Lohnkontrahenten sind in diesem Falle einerseits die Gewerkschaften und andererseits der Magistrat. Die Stadtverordneten haben mit der Angelegenheit erst dann zu tun, wenn die beiden Stellen nicht einig werden, und sie zur Entscheidung anrufen. Der Kommunist Rohstoff hielt allerdings eine böhrnernde Rede gegen den Oberbürgermeister, die ganz zwecklos war. Denn nötigenfalls dürfte nicht Herr Rohstoff, sondern die Sozialdemokratische Fraktion von den freigewerkschaftlichen Straßenbahnern um Hilfe angegangen werden. Für gestern genügte es, daß sich die Schächker der Christlichen entschließen. Wie sich die christlichen Straßenbahner, die unter der Führung von zwei Stahlhelmern stehen, mutig weiter schlagen werden, sei inzwischen noch abgewartet.

Eine merkwürdige Debatte entspann sich auch über die Gewährung einer Beihilfe an das evangelische Vereinshaus zur Errichtung einer Wanderarbeitsstätte. Die Stadt selbst besitzt in der Niedergasse eine solche Einrichtung, die noch nicht voll ausgenutzt wird. In Erwartung größerer Mitle, besonders im Winter, wäre sie für 50 000 Mark gut zu erweitern. Statt dessen hat sich gestern die Stadt verpflichtet, 30 Jahre lang eine jährliche Beihilfe von 4300 Mark an die Innere Mission zu zahlen, damit diese eine solche Arbeitsstätte einrichtet. Genosse Ritter und die Genossin Zils-Eckstein sprachen mit ihren guten Gründen gegen die Vorlage völlig in den Wind. Die bürgerliche Mehrheit war für die „private Wohltätigkeit“ — auf Kosten der Stadt. Wir haben gewiß nichts dagegen, wenn die Stadt in schwerer Zeit bestehende Wohlfahrtsanstalten privater Natur unterstützt, aber daß sie mit ihrem Gelde anderen solche Einrichtungen schafft, die zu schaffen sie selbst verpflichtet wären, ist direkte Schiedsbürgerei. Der Volksparteiler Sauer mann betämpfte die sozialdemokratische Auffassung damit, daß bei Erweiterung der städtischen Anstalt ein Beamter mehr angestellt werden müßte. Hier war ein kommunistischer Zwischenruf am Platze, wieviel Pastoren in der neuen Anstalt beschäftigt werden sollen.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Stadtverordnetenvorsteher Dr. Friedrich wurde der Bauauftrag für die Erweiterung der Elektrizitätswerke um 520 000 Mark verliert.

Die Mehrkosten von 16119 Mark beim Ausbau des Orts-Gasrohrnetzes in Carlswitz wurden bewilligt.

Die Baukosten für Arbeiten an den Gutgebäuden in Steine und Wüstendorf sollen auf den Budgetplan für 1924 angerechnet werden. Stadt. Ritter (Soz.) der über die Vorlagen berichtete, beantragte, diese zur näheren Prüfung an die Ausschüsse 2 und 4 zu überweisen.

Dem wurde zugestimmt.

Die staatlichen Bestimmungen über die Gemühtung von Wohnungsbeisiten sollen bei der Einstellung auswärtiger Beamter angewendet werden.

Die Vorlage wurde angenommen.

Stadt. Vogt (Soz.) berichtete über die Vorlage

Bau von Kanälen.

Angelegt werden sollen folgende Kanäle: Hauptkanalkanal (Südammeler) in der Neuzellstraße zwischen Gutenberg- und Lohstraße, 180 000 Mark; Regenwasserkanal in der Friedrichs-Eberl-Straße vom Deichgraben bis zur Stadtgrenze, 34 000 Mark; Mischwasserkanal in der Feldstraße zwischen der Alexander- und Klosterstraße, 4500 Mark; Brauchwasserkanal in der Klohnitzstraße (Nordseite) zwischen Quers- und Böhmerstraße (Kesseltreide), 1800 Mark; Brauchwasserkanal in der Böhmerstraße, 8000 Mark; Brauchwasserkanal in der Pölsnitzstraße von der Klohnitzstraße bis Pölsnitzstraße Nr. 39, 8000 Mark, gebaut werden. Die Gesamtkosten stellen sich auf 235 300 Mark.

Die Vorlage wurde genehmigt.

An das Evangelische Vereinshaus soll zur

Errichtung einer Wanderarbeitsstätte

eine laufende jährliche Beihilfe von höchstens 4375 Mark gewährt werden. Stadt. Ritter (Soz.) berichtete über diese Vorlage. Stadt. Ritter (Soz.) daß diese Vorlage abzulehnen, da ein ähnlich gearteter Antrag von den Stadtverordneten bereits abgelehnt worden sei. Irregularitäten dürften keine Beihilfen gewährt werden.

Stadtrat Illner: Die Zahl der Obdachlosen sei sehr gestiegen. Das Evangelische Vereinshaus will durch Errichtung einer Wanderarbeitsstätte diesen sozialen Mangel mildern und die Obdach- und Erwerbslosen beschäftigen und beherbergen. Die Provinz habe sich bereit erklärt, 50 000 Mark zur Verfügung zu stellen, unter der Voraussetzung, daß die Stadt einen gleichen Betrag bewillige.

Stadt. Sauer mann (D. Vp.) ist für die Vorlage.

Stadt. Zils-Eckstein (Soz.): Warum können derartige Einrichtungen nicht von der Stadt geschaffen werden? Die private Wohlfahrtspflege reiche nicht mehr zur Bewältigung der sozialen Aufgaben aus. Daher müsse die öffentliche Wohlfahrtspflege einleiten. Es sei nahezu ein Armutszeugnis für die Stadt, wenn sie nicht aus eigenen Mitteln derartige Einrichtungen schaffen kann und die Initiative privater Organisationen zu Hilfe nehmen muß. Würden die Stadtverordneten einem Projekt zustimmen, das von der Internationalen Arbeiterhilfe käme? Im übrigen sei die geplante Einrichtung ganz einseitig konfessionell.

Stadt. Heilberg (Dem.) spricht sich für die Vorlage aus. Man dürfe die private Wohlfahrtspflege nicht ganz ausschalten.

Stadt. Uebel (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Man habe keine Kontrolle darüber, was in derartigen Einrichtungen getrieben wird.

Stadt. Thum (Dnat.) stimmt den Ausführungen des Stadtverordneten Heilberg zu.

Stadt. Wanderscheid (Ztr.) bedauert den Streit um die Vorlage und spricht sich für diese aus.

Stadt. Odenrotz (Dem.) ist für die Vorlage.

Nach weiterer kurzer Besprechung wird Schluß der Debatte beantragt und beschloffen. Die Vorlage wird angenommen.

Zum Gemeindebeschlusse über Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Arbeiter wurde ein Nachtrag genehmigt. Dem Verkauf eines Grundstücks wurde zugestimmt.

Der Zuführung von Abwässern aus dem Kanalnetz nach dem Rittergut Schiebig wurde zugestimmt.

Zur Beratung kommt folgender Dringlichkeitsantrag des Magistrats, über den Stadt. Uebel (Soz.) berichtet:

Als Vertreter zu der am 12. Juni 1926 in Reinerz stattfindenden Haupttagung des Schlesischen Städtebundes werden von den Fraktionen vorgeschlagen die Stadtverordneten Behringer (D. Vp.), Braune (Dnat.), Dr. Eisner (Soz.), Dr. Gobel (Dnat.), Wache (Soz.), Dr. Seppelt (Ztr.) und Widera (Soz.).

Der Dringlichkeitsantrag wurde genehmigt.

Für den Bau einer weiteren Schwemmeschlachthalle wurden 600 000 Mark und für eine Schlachthofantenne 6500 Mark bewilligt.

Das zustimmende Gutachten des Ausschusses I über Erweiterung des Vorsteheramtes des Kinderhospitals zum Heiligen Grab wurde genehmigt.

Der Direktor der Kanalisationswerke, Weber, wurde zum Mitglied der Land- und Forstdeputation ernannt.

Stadt. Guster (Völk.) berichtet über die Vorlage Ersetzung von verbrauchten Defen durch Holzraumöfen im Gaswerk Dürrgog. Die Kosten betragen 1 100 000 Mark.

Die Vorlage wurde genehmigt.

Zugestimmt wurde gleichfalls der Verbesserung der Benzolanlage, dem Ausbau des Weges von Steine nach Wüstendorf als Kunststraße.

Genehmigt wurde dann der Etat der allgemeinen Verwaltung der Betriebswerke und der Wasserwerke.

Die Rücklagen der Gaswerke für 1926 sollen zu Erneuerungs- und Instandhaltungsarbeiten Verwendung finden.

Stadt. Kuffert (Soz.) beantragt, daß 20 000 Mark für einen Ausstellungstauraum im Etat eingestellt bleiben. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Genehmigt wurde der Etat der Elektrizitätswerke.

Bei der Beratung des Etats der Krankenanstalten für 1926 schlägt Stadt. Widera (Soz.) die Erhöhung der Verpflegungslage vor. Stadt. Kuffert (Komm.) beantragt eine Heraushebung der Qualität der Kranenstoffe. Der Etat wurde mit dem Zusatzantrag Widera angenommen.

Hierauf wurde die Abstimmung über den Punkt f im Etat der städtischen Friedhöfe nochmals vorgenommen, weil die Gültigkeit der letzten Abstimmung angezweifelt worden war. Der Punkt wurde mit 31 gegen 33 Stimmen angenommen.

Für Beamte, Angestellte und Arbeiter der Straßenbahnverwaltung sollen die besonderen Familienarten wieder eingeführt werden.

Oberbürgermeister Dr. Wagner äußerte sich dann über die

Lohnbewegung unter den Straßenbahnern.

Die Straßenbahner haben Forderungen eingereicht, die eine Erhöhung des Stundenlohnes und gewisse besondere Zulagen bedeuten. Der Magistrat habe diese Forderungen wegen der allgemeinen Wirtschaftslage und den besonderen Verhältnissen der städtischen Haushalte abgelehnt. Die Bezirkschiedsstelle habe in diesem Sinne entschieden. Die Straßenbahner verstoßen gegen den Tarifvertrag, 157 000 Mark würde die geforderte Lohn-erhöhung ausmachen. Ein Streik aus diesem Anlaß würde ein schwerer Verlust gegen das Gemeinwohl sein. Der Magistrat hat dem Schiedsspruch zugestimmt und den Antrag gestellt, den Spruch für verbindlich zu erklären. Donnerstag vormittag um 10 1/2 Uhr wird noch einmal verhandelt. Für den Fall eines Streiks ist angeordnet worden, daß der Verkehr möglichst aufrecht erhalten wird und der Verkehr zur D.C.-Ausstellung nach Schmiebielau auf alle Fälle. Es hat große Mühe gekostet, die Ausstellung hierher zu bekommen. Sollte der Verlauf der Ausstellung durch einen Straßenbahnerstreik in Frage gestellt werden, so würde der Magistrat nicht mehr in der Lage sein, größere Veranstaltung nach Breslau einzuladen. Der Magistrat hat beschlossen, falls es zum Streik kommen sollte, die Streikenden aufzufordern, innerhalb 24 Stunden die Arbeit aufzunehmen, andernfalls die Entlassung erfolgt. Ein solcher Streik sei eine Irregularität. Es handele sich um keine Existenzfrage, sondern um geringe Lohnbeträge. Die Tarifinstanzen haben Recht gesprochen, und wenn die Straßenbahner sich diesem Recht nicht fügen wollen, dann sollen sie keine Tarifverträge abschließen. Der Magistrat ist tariffrei und verlangt von der anderen Seite die gleiche Tarifreue. Bei der Bürgerchaft Breslaus haben die Streikenden auf keine Sympathie zu rechnen.

Stadt. Rohstoff (Komm.): Die städtischen Arbeiter seien von der Stadt alles gewohnt, nur nichts Gutes. Er könne nicht einsehen, weshalb der Streik irrtvoll nicht solle. Der städtische Arbeiter habe das Recht, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen.

Oberbürgermeister Dr. Wagner: Der städtische Arbeiter habe der Öffentlichkeit gegenüber gewisse Rechte und Pflichten; er müsse Rücksicht auf das Gemeinwohl nehmen. Durch einen Streik der Straßenbahner werde die Öffentlichkeit in schwerster Weise geschädigt.

Stadt. Wolf (Dem.): Der Stadtverordnete Rohstoff habe mit seiner Rede den Straßenbahnern einen Bärendienst erwiesen. Die Streikdrohung der Straßenbahner sei tatsächlich irrtvoll. Die Haltung des Magistrats sei durchaus korrekt.

Stadt. Thum (Dnat.): Die Stadtverordneten ließen es den Straßenbahnern gegenüber gepöhl nicht an Wohlwollen fehlen. (Zuruf: Davon werden sie nicht satt.) Seine Fraktion lehnt hinter dem Magistrat.

Stadt. Heilberg (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des Stadtverordneten Rohstoff.

Stadt. Rohstoff (Komm.) hält seine Ausführungen aufrecht. Hierauf wurde der Wiedereröffnung der Familienarten zugestimmt. Schluß der Sitzung.

Die Fürsten und ihre Mätressen werden immer unerschämter

Das heißt in diesen Tagen in einem Kräfte die sehr angenehme Zeitungsausschnitt, die „Königliche Volkszeitung“...

Das Johannistfest 1926.

Viele werden nächsten Sonntag sehen wollen, wie weit in den letzten Tagen der Aufbau des Johannistfestes schon gediehen ist...

Hoffen wir aber daß das Johannistfest 1926 ein echtes Volksfest werden, von dem viele noch längere Zeit in der Trübsal der Gegenwart kehren können...

Achtung, Panzerkreuzer „Potemkin“ im Gewerkschaftshaus!

Das Arbeiter-Sportkartell bringt nach dem „Kaff“ den großen revolutionären Film Panzerkreuzer „Potemkin“...

Zimmer für die Landwirtschaftsausstellung.

Der Verkehrsverein Breslau schreibt uns: Nach unserer Annahme mit der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft sind wir verpflichtet, eine Zahl von Zimmern zur Verfügung zu halten...

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau.

Sensationshaft den 5. Juni, veranstaltet der hiesige Baugewerksbund für seine 25 Jahre und darüber hinausgehende Mitglieder in der ersten Jahresversammlung...

Hast Du schon Dein Scherflein zum Kampf gegen die habgierigen Fürsten geopfert?



Wenn nicht, tue es sofort!

Arbeiter-Sport

„E. S. Kalkidon“. Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr im „Voleibonbad“ Monats-Versammlung...

Freie Kanu-Vereinigung. Freitag, den 4. Juni: Generalprobe. Abfahrt sämtlicher Boote vom Bootshaus um 8 Uhr...

Konzerte - Theater - Vergnügungen.

Bilioria-Theater. Des großen Erfolges wegen zweiter Monat verlängert: „Lebensländer“. Fünf Bühnengäste aus dem Justizhausleben...

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse vom 2. Juni.

Table with exchange rates for various currencies including Sterling, Dollar, Gold, and others.

Gibt Eure Anzeigen der Volkswacht.

wie einem erwachsenen Familienmitglied jedes Kollegen kann jedoch infolge des beschränkten Raumes der Zutritt nicht gestattet werden...

Eintrittspreise zur Landwirtschaftsausstellung. Die Leitung der Wanderausstellung bittet uns, darauf hinzuweisen, daß der Eintrittspreis für Donnerstag, Freitag, Sonntag und Sonntag durchweg 2 Mark beträgt...

Im Kampfe für die Republik!

Vom Reichsbanner wird uns geschrieben: Die Vorgänge der letzten Wochen, Aufhebung der rechts-putschistischen Pläne, Fürstenabfindung und Flaggensreit beweisen, daß die republikanische Bevölkerung allen Grund hat, auf der Hut zu sein...

Sozialistische Studenten. Freitag, den 4. Juni, besuchen wir die Veranstaltung des Bundes der Freunde sozialistischer Studenten...

Band der Freunde sozialistischer Studenten. Freitag, den 4. Juni, abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung...

Robert Kalkidon. Gestern nachmittags ist der Herr Robert Kalkidon, Sohn des Kaufmanns Kalkidon und seiner Tochter Friede, verstorben...

Wasserstand 2. Juni. Tabelle showing water levels for various locations like Döbenschütz, Mühlengasse, etc.

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Nummer 36

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Ortsgruppe Breslau. Sitzung Samstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr...

Arbeiterjugend. Sprechstunde Jugendrat. Heute mit um 8 Uhr Hauptprobe im „Voleibonbad“ sein...

Freiwilliges Jugendkartell. 3. d. A. Jugend. Heute abend 8 Uhr: Arbeitsgemeinschaft über Verfassungsfragen im Heim, Talschloßstraße 31...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bauschlösser. Heute, Donnerstag, den 3. Juni, abends um 7 1/2 Uhr im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses...

Bereinskalender.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau. Jubiläumsveteran-Organisation am Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 8 1/2 Uhr...

Die Gebirgsbahn auf dem Breslauer Johannistfest. Das gewaltigste Unternehmen, das auf dem Festgelände gegenüber der Jahrhunderthalle anlässlich des zweiten Breslauer Johannistfestes aufgestellt werden wird...

Die Gebirgsbahn auf dem Breslauer Johannistfest. Das gewaltigste Unternehmen, das auf dem Festgelände gegenüber der Jahrhunderthalle anlässlich des zweiten Breslauer Johannistfestes aufgestellt werden wird...

Die Gebirgsbahn auf dem Breslauer Johannistfest. Das gewaltigste Unternehmen, das auf dem Festgelände gegenüber der Jahrhunderthalle anlässlich des zweiten Breslauer Johannistfestes aufgestellt werden wird...

Die Gebirgsbahn auf dem Breslauer Johannistfest. Das gewaltigste Unternehmen, das auf dem Festgelände gegenüber der Jahrhunderthalle anlässlich des zweiten Breslauer Johannistfestes aufgestellt werden wird...

Die Gebirgsbahn auf dem Breslauer Johannistfest. Das gewaltigste Unternehmen, das auf dem Festgelände gegenüber der Jahrhunderthalle anlässlich des zweiten Breslauer Johannistfestes aufgestellt werden wird...

Die Gebirgsbahn auf dem Breslauer Johannistfest. Das gewaltigste Unternehmen, das auf dem Festgelände gegenüber der Jahrhunderthalle anlässlich des zweiten Breslauer Johannistfestes aufgestellt werden wird...

Die Gebirgsbahn auf dem Breslauer Johannistfest. Das gewaltigste Unternehmen, das auf dem Festgelände gegenüber der Jahrhunderthalle anlässlich des zweiten Breslauer Johannistfestes aufgestellt werden wird...

Die Gebirgsbahn auf dem Breslauer Johannistfest. Das gewaltigste Unternehmen, das auf dem Festgelände gegenüber der Jahrhunderthalle anlässlich des zweiten Breslauer Johannistfestes aufgestellt werden wird...

Die Gebirgsbahn auf dem Breslauer Johannistfest. Das gewaltigste Unternehmen, das auf dem Festgelände gegenüber der Jahrhunderthalle anlässlich des zweiten Breslauer Johannistfestes aufgestellt werden wird...

Die Gebirgsbahn auf dem Breslauer Johannistfest. Das gewaltigste Unternehmen, das auf dem Festgelände gegenüber der Jahrhunderthalle anlässlich des zweiten Breslauer Johannistfestes aufgestellt werden wird...

Wenn jeder Leser einen neuen Leser wirbt, ist die Auflage unserer Zeitung verdoppelt!

Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeitslosigkeit in europäischen Ländern.

Im Jahresbericht für die 8. Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz berichtet der Direktor, daß die Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 1925 sich in folgenden Ländern vermehrt hat: Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Lettland, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Polen, Schweden, Schweiz. Die Zahl der Unterfertigung empfangenden Arbeitslosen in Deutschland stieg von Dezember 1924 bis Dezember 1925 von 529 000 auf 1 488 000 und in demselben Zeitraum in Oesterreich von 154 000 auf 208 000. 302 000 Arbeitslose haben sich in den öffentlichen Arbeitsnachweisen in Polen gegen 182 000 Ende 1924 eintragen lassen. Die Lage in Belgien und Ungarn bleibt immer noch sehr schwierig. Es bemühen sich verschiedene Regierungen, das Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wie es die Konferenz in sechs Übereinkommen und Empfehlungen in den Jahren 1919, 1920 und 1921 aufgestellt hat, in die Tat umzusetzen.

Eine der wichtigsten Grundlagen der internationalen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit findet sich in einer möglichst vollständigen Darstellung der jeweiligen Arbeitsmarktverhältnisse. So hat das Internationale Arbeitsamt eine monatliche statistische Übersicht über die Arbeitslosigkeit veröffentlicht, die gegenwärtig über 19 Länder berichtet. Die Aufsicht und fortwährende Abschaffung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung war während des letzten Jahres Gegenstand der Gesetzgebung in Bulgarien, Japan und den Vereinigten Staaten. In Frankreich, Griechenland und Norwegen wurden darüber Gesetzentwürfe vorgelegt. Artikel 2 des Washingtoner Übereinkommens sieht die Organisation eines nationalen Systems kostenloser, öffentlicher Arbeitsnachweise vor. Dieses Übereinkommen ist von 20 Staaten ratifiziert, 7 andere haben dasselbe System schon an, ohne bisher ratifiziert zu haben.

Die Arbeitslosenversicherung ist in 8 Ländern obligatorisch, durch regelmäßige staatliche Beiträge wird sie in 11 Staaten begünstigt. In Schweden, Japan, Großbritannien, Finnland, Dänemark, Oesterreich und Deutschland bildet die Aufnahme öffentlicher Arbeiten, die teils privat, teils staatlich oder städtisch subventioniert sind, einen Teil des allgemeinen Programms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Weltwanderungstongreg in London am 22. Juni.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat den Weltwanderungstongreg endgültig auf den 22. Juni nach London (Goldmans-Restaurant) einberufen und die Vierteljahrhundertfeier seines Bestehens in Verbindung mit einer vorhergehenden Propagandawoche auf Sonntag, den 19. September, festgelegt.

Aufhebung der Kurzarbeiterunterstützung in der Tschecho-Slowakei.

Auf Grund eines Erlasses des Ministers für soziale Angelegenheiten wurde ab 1. März 1926 die Kurzarbeiterunterstützung abgeschafft, die bis dahin in dem allgemeinen System der Arbeitslosenversicherung enthalten war. Diese Maßnahme ist insbesondere auf die Einwendungen zurückzuführen, die von verschiedenen Seiten gegen die Art der Unterstützung der Kurzarbeiter gemacht worden sind. Besonders die Arbeiter haben darüber Klage geführt, daß die für sie entstehende Belastung zu groß sei. Allerdings entspricht die vollständige Aufhebung der Kurzarbeiterunterstützung nicht den Wünschen der Arbeiterschaft.

Die ungarischen Gewerkschaften und die Arbeitslosenunterstützung.

Die Erwerbslosigkeit unter den Mitgliedern der dem Zentralrat angeschlossenen Gewerkschaften betrug am 26. November 1925 26 246 oder 15,6 Prozent der gesamten Mitgliedschaft. Bei einer Tagung des Zentralrats wurde erklärt, daß die Zahl der Arbeitslosen in Handel und Industrie im ganzen Land mindestens 70 000 beträgt und in der Landwirtschaft noch höher sein dürfte. Im Jahre 1924 haben die Gewerkschaften an ihre arbeitslosen Mitglieder mehr als 7 Millionen Kronen ausgezahlt und im ersten Vierteljahr 1925 ungefähr 10 Millionen Kronen. Es wurde lebhaft beklagt, daß die Regierung ihr Versprechen, öffentliche Arbeiten in Angriff zu nehmen und einen Geleketwurf über die Arbeitslosenversicherung vorzulegen, noch nicht eingelöst hat. Die Tagung des Zentralrats stellte Forderungen, durch welche die Behörden erzwungen werden, schnellstens die zur Erfüllung der Verpflichtungen der Regierung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Ultimative Forderungen der Wiener Gemeinbeangestellten.

Wien, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Angestellten der Gemeinde Wien haben dem Magistrat ein Ultimatum überreicht, in dem mit dem Streik droht, falls nicht als Sonderzulage ein Monatsgehalt ausgezahlt wird. Die Wiener Gemeinbeverwaltung ist der Auffassung, daß sie diese Forderung nicht bewilligen kann. Sie hat bereits eine entsprechende Erklärung an die Angestellten übermittelt, weil nach einem Verfassungskonflikt über die Finanzen der öffentlichen Körperschaften die Gemeinden keine höheren Gehälter zahlen dürfen als der Staat. Im andern Falle wird ihnen der doppelte Betrag von ihren Anteilen an den Staatssteuern abgezogen. Trotzdem bestehen die Angestellten auf ihrer Forderung und wollen am 8. Juni eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern vornehmen.

Der Ober-Ausschuß der Bundesamtsbeamten hat am Mittwoch beschlossen, mit Rücksicht auf die Ablehnung ihrer Forderung durch den Bundeskanzler an die Regierungsparteien die Frage zu richten, wie sie sich zu dieser Ablehnung ihrer Forderungen stellen und was sie zu veranlassen gedenkt, um zu ihrem Rechte zu kommen.

Der norwegische Arbeitskonflikt beendet?

Kopenhagen, 2. Juni. (Eig. Drahtb.) Der große Arbeitskonflikt in Norwegen, an dem fast 30 000 Arbeiter beteiligt waren, hat nunmehr durch Vermittlung der norwegischen Regierung eine Beilegung erfahren. Vorgesehen ist ein Lohnabbau von 17 bis 18 Proz. Der Lohnstreik soll bis zum 1. Mai 1927 laufen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Ausperrung sofort zurückzunehmen. Die Erklärungsfrist der Parteien läuft am 8. Juni ab, doch ist damit zu rechnen, daß diesmal eine endgültige Einigung zustandekommt.

Die Organisation der Arbeitsnachweise.

Auf Einladung des Deutschen Städtetages und des Landtages fand in Berlin eine öffentliche Tagung über die Organisation der Arbeitsnachweise statt. Auf ihr referierten vom kommunalen Standpunkt aus der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Rupprecht und der Frankfurter Stadtrat Dr. Schlotter. Beide Referenten vertraten den bekannten Standpunkt der Gemeinden, daß die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises organisch in der Kommunalverwaltung eingeschlossen bleiben müsse. Nur eine einheitliche Organisation aller mit den Problemen der öffentlichen Beschäftigungsfrage zusammenhängenden Aufgaben gewährte eine einfache, billige,

übersichtliche Verwaltung. Die Arbeitsnachweise seien außerdem ebenso wie die ersten Arbeitslosenvereinigungen von den Gemeinden geschaffen. In der Diskussion kamen auch Vertreter der Gewerkschaften am Wort, die besonders in dieser Frage einen anderen Standpunkt einnahmen. Sie plädierten bei der Arbeitslosenversicherung und beim Arbeitsnachweisesystem für eine von der kommunalen Verwaltung möglichst losgelöste Selbstverwaltung der Beschäftigungsträger, d. h. der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Alle Beteiligten sind sich allerdings darüber einig, daß der augenblickliche Zustand möglichst bald durch eine eindeutige gesetzliche Regelung der ganzen Materie geklärt werden muß. Vom kommunalen Standpunkt aus läßt sich allerdings nicht leugnen, daß gegen die Loslösung der Arbeitslosenversicherung von der allgemeinen kommunalen Wohlfahrtspflege die schwerwiegendsten sachlichen Bedenken geltend gemacht werden müssen.

Unternehmeroffensive in Bayern.

Kündigung von 21 000 Angestellten. Das Nürnberg-Fürther Arbeitgeberkartell hat die Mitgliederfirmen angewiesen, zum 30. Juni allen Angestellten zu kündigen. Da dem Arbeitgeberkartell über den Verband bayrischer Metallindustrieller auch die Betriebe der Metallindustrie in München, Augsburg, Regensburg, Erlangen und in anderen bayrischen Orten angehören, kommen mehr als 2500 Techniker und Ingenieure, 8500 Werkmeister und über 14 000 kaufmännische, Büro- und sonstige Angestellte in Frage, die nach dem 30. Juni mit vollständiger Arbeitslosigkeit oder mit einer bedeutenden Herabsetzung ihrer Gehälter und einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen bedroht sind. Auch die bayrischen Kapitalisten haben von ihren englischen Kollegen gelernt: Die Kündigungen sollen natürlich nur ein Mittel sein, die Produktion auf Kosten der Angestelltengehälter und der Arbeitszeit zu „rationalisieren“, wobei ein Teil der Angestellten ebenso wie die Arbeiter auf der Straße stehen sollen.

In Bayern kann man sich eine solche „Rationalisierung“ um so eher leisten, als sie unter dem Schutze einer „christlich-nationalen Ordnungsregierung“ vom reinsten Wasser vor sich gehen kann. Diese Regierung würde auch sofort alle monarchistisch-reaktionären Machtmittel einsetzen, wenn es den bayrischen Gewerkschaften etwa einfallen sollte, nach englischem Muster das Mittel des Generalstreiks gegen die Kapitaloffensive zu legen. In Bayern werden allmählich sogar die christlich-nationalen Gewerkschaftsverbände rebellisch; auf einer Versammlung der katho-

lischen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften stießen von den katholischen Arbeiterführern und sogar vom Sozialminister Oswald Krieger Worte gegen die Pläne der kapitalistischen Industriellenverbände, Herr Cuhlo, rief in einer Rede vom 12. März nach einem zu-lichen Heftigkeit, der mit eigener Faust Ordnung schaffe und mit der Parteimitgliedschaft aufzäume. Zunächst sollte ja mit dem Abbau des Sozialministeriums, das von den Händen der christlichen Gewerkschaften befindet, der Anfang gemacht werden.

Bei leben, es ist immer die gleiche Methode, mittels derer das Kapital in allen Ländern den Versuch unternimmt, seine Herrschaft auf Kosten der arbeitenden Massen fortzuführen: Herabsetzung der Löhne und Gehälter, Verlängerung der Arbeitszeit, Verminderung der Arbeiter- und Angestelltenzahl.

Unter dem Druck der Kündigung zum 30. Juni wollen die bayrischen Kapitalisten des Nürnberg-Fürther Arbeitgeberkartells folgende Verschlechterungen für die Angestellten durchsetzen: Die Gehälter der unteren und mittleren Angestellten sollen um 48 und 47 Prozent reduziert werden, die der nächsthöheren und oberen um 35 und 27 Prozent, das heißt in jeder Angestelltenkategorie sollen die Gehälter auf die Mindesthöhe von 100, 120, 180, 240 und 320 Mark herabgesetzt werden. Die Sozialzulagen werden ganz gestrichen, für weibliche Angestellte kommen 80 Prozent der Sätze in Frage (Monatsgehälter von 70 Mark!), die Arbeitszeit kann ohne Sondervergütung auf 54 Stunden die Woche verlängert werden. Wenn die Arbeitszeit der Arbeiter über 54 Stunden hinausgeht (also auch das ist vorzuziehen!) dann sollen die Angestellten über 54 Stunden arbeiten müssen. Die Entschädigung für Sonntagsarbeit wird um 20 Prozent, der Urlaub um die Hälfte gekürzt. Die Vertretungsarbeit muß umsonst geleistet werden. Die bisherigen Kündigungsfristen sollen ebenfalls verkürzt werden. Wenn Krankheit während der Kündigung eintritt, soll keine Gehaltszahlung mehr erfolgen, das heißt, die sozialen Unternehmer wollen sogar das gesetzlich festgelegte Recht des Angestellten in ihren neuen Vertragsentwürfen abbauen. Für die Helfergruppe, die geringstenlohnende Gruppe der Angestellten, soll der Tarifvertrag als Vorgeschemat für alle Angestellten überhaupt beseitigt werden.

Man sieht die Kapitalisten gehen aufs Ganze und müssen es, wenn sie die Herrschaft ihrer Klasse noch länger behaupten wollen. Müßen da nicht auch die Angestellten zusammen mit den Arbeitern ebenfalls aufs Ganze gehen, wenn sie nicht alles verlieren und weiter Sklaven des privaten Kapitals bleiben wollen?

Wirtschaft.

Amerikanischer Zoll auf deutsche Eisenprodukte.

Aus Washington wird gemeldet, daß das amerikanische Schatzamt Anweisungen an die Einfuhrämter hat ergehen lassen, wonach ab 21. Juli 1926 sämtliche aus Eisen bzw. Stahl hergestellten deutschen Waren mit einem Sonderzoll in Höhe der deutschen Rückvergütungssätze belegt werden sollen. Bei diesen Rückvergütungssätzen handelt es sich um eine Auswirkung des sogenannten Eigentumspromisses, das im Anschluß an die Neuregelung des Eisenzolles im Hochsommer 1925 zwischen der Rohstahlgemeinschaft und der Aoi (Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden Industrie) abgeschlossen worden ist. Auf Grund dieses Kompromisses verpflichtet sich die eisenhaltende Industrie, den Mitgliedern der Aoi das Eisen, das zu Exportzwecken verarbeitet wird, zu einem ermäßigten, also zu einem niedrigeren Preise als dem Inlandspreis, zur Verfügung zu stellen. Zweck der Regelung ist, den Exporteisenpreis ungefähr auf Weltmarktniveau zu senken, um so die Exportfähigkeit der deutschen Fertigwarenindustrie nicht zu gefährden.

Diese Regelung bedeutet einen mit Hilfe des Eigentumspromisses ermöglichten höheren Inlandspreis für Eisen und einen niedrigeren Eisenfertigwaren-Auslandspreis auf Grund der Rückvergütung durch die eisenhaltende Industrie. Ohne Zweifel haben wir es hier mit einem Dumping zu tun, das aus den überhöhten Inlandspreisen finanziert wird. Gegen dieses Dumping scheint sich auch der Stahl der Amerikaner zu richten. Allerdings sind die Meldungen bis jetzt so unvollkommen, daß man sich kein genaues Bild von den Maßnahmen der Amerikaner machen kann. Wie der „Soz. Presseklub“ dazu erzählt, hat sich die Reichsregierung sofort auf dem üblichen Wege mit der amerikanischen Regierung in Verbindung gesetzt, um die Situation, die nicht gerade rosig für uns aussieht, „zu klären“.

Dazu wird uns geschrieben: Als Deutschland 1925 die Zollneuordnung vornahm, geschah das in einer Weise, als ob wir auf die anderen Industrieländer keine Rücksicht zu nehmen brauchten. Auch die Handelsvertragsverhandlungen sind in diesem Geiste geführt worden. Dabei hat man übersehen, daß große Wirtschaftszweige im Ausland, die für die deutsche Wareneinfuhr in Betracht kommen und nicht ohne Einfluß auf die Politik ihrer Regierungen sind, durch die neuen Zölle schwer geschädigt werden. Wir verweisen nur auf die besonderen Auswirkungen der Getreidezölle auf die amerikanischen Farmer und der Fleischzölle auf die argentinischen Viehzüchter. Von diesem Standpunkt aus ist es schon zu verstehen, wenn sich die amerikanische Regierung gegen einen Ausbruch der Zollüberhebung wendet, die einem regelrechten Dumping gleichkommt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß gerade gewisse Wirtschaftskreise in Deutschland, zum Beispiel die Lederindustrie, noch kürzlich nach Maßnahmen gegen Auslandsdumping gerufen haben. Was man aber selbst verlangt, muß man wohl oder übel den Wirtschaftskreisen anderer Länder auch zugestehen. Der einfachste Weg zur „Klärung der Situation“ ist die Renvidierung unserer autonomen Zölle, die sicherlich über das Ziel schießen, sei es im Laufe der kommenden Handelsvertragsverhandlungen oder noch besser auf dem gesetzgeberischen Wege.

Amerika scheint den Kampf gegen das deutsche Eisenfertigwarendumping mit allem Eifer aufnehmen zu wollen. Sehr wahrscheinlich hat man in Washington und in der amerikanischen Industrie keine besonderen Gründe. Wer die internationalen Kartellverhandlungen der Eisenwirtschaft verfolgt hat, empfindet diesen Eindruck, daß man das deutsche Rückvergütungs- und Dumpingssystem auf einen großen Teil der europäischen Eisenwirtschaft übertragen zu können glaubt. Wenigstens scheint man in Amerika den Eindruck zu haben. Daraus erklärt sich vielleicht die Maßnahme des Washingtoner Schatzamtes am besten.

Dänische Arbeitergenossenschaftsbewegung.

Von unserem dänischen Mitarbeiter. Die kooperativen Arbeitergesellschaften in Kopenhagen veranstalten gegenwärtig eine Ausstellung, die einen guten Überblick über die Entwicklung der Arbeitergenossenschaftsbewegung in Dänemark gibt. Die Produktionsgenossenschaften der Erd- und Betonarbeiter und der Zimmerer, die Maschinenfabrik der Metallarbeiter und die Installationsgenossenschaft der Elektrotechniker zeigen an verhältnismäßig kleinen Ständen und mit Hilfe kurzer Reden über die Entwicklung, daß die Arbeiterproduktionsgenossenschaft als solche nicht beruhen ist, eine große revolutionäre Rolle in der Wirtschaft zu spielen. Alle in der Kopenhagener Ausstellung vertretenen Betriebe haben unendlich viele Kräfte aufzuwenden und konnten es infolge besonders günstiger Umstände und durch geschäftstätige Leiter behaupten und hoch arbeiten. Im Grunde genommen haben sie auch erst in den letzten Jahren, seitdem die Arbeiter-Baugenossenschaften gemissermaßen als Markennormen für diese Betriebe in ihren Parteien derartig günstige Abschlüsse zu verzeichnen.

Innerhalb der Ausstellung räumt der Konsumverein „Hauptstadt“ mit Recht einen sehr breiten Raum ein. Der Verein begann seine Tätigkeit im Jahre 1916 mit 43 Vertikulationsstellen, 7684 Mitgliedern und einem Jahresumsatz in Höhe von vier

Millionen Kronen. Ende 1925 befaß er 105 Läden, 28 700 Mitglieder und einen Gesamtumsatz von 11 Millionen Kronen. Neben ihm zeigen eine gut gehende Arbeiterbrauerei und eine prosperierende Arbeitermeierei, daß Arbeiter-Produktionunternehmungen sich, wenn sie unter tüchtiger Leitung gute Waren herstellen, nach denen Nachfrage ist, wohl halten können. Jedoch ist nicht zu übersehen, daß sie sich, ganz zwangsläufig, von der privatkapitalistischen Linie kaum entfernen können.

Auch die sozialdemokratische Presse Dänemarks ist auf der Ausstellung vertreten. Die Ausstellung beweist, daß der kopengagener „Sozialdemokrat“ Haupt- und Mutterblatt für die gesamte sozialistische Presse des Landes ist. Gegenüber „Sozialdemokraten“ spielen die 63 Provinzialblätter nur die Rolle von Filialen des Zentralorgans. Ohne Zweifel ist diese Zentralisation nicht zuletzt der Grund für die außerordentliche Geschlossenheit und einheitliche Stellung der dänischen sozialdemokratischen Presse gegenüber fast allen Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Dänemark. Großes Interesse finden auch die auf der Ausstellung vorgestellten Filme; u. a. hat „Sozialdemokraten“ einen Film über seinen Betrieb und seine Redaktion herstellen lassen, in dem die bekannten dänischen Arbeiterführer, u. a. Stauning und Borgberg, gezeigt werden. Der Film erweckt sich als äußerst wichtiges Propagandamittel. Filme von dänischen und schwedischen Genossenschaftsbetrieben vervollständigen das Programm.

Die freien Gewerkschaften fordern erhöhte Einfuhr von Gefrierfleisch.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund und der Gewerkschaftsring haben an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine Eingabe gerichtet, in der sie die Erhöhung der Menge des zollfrei einzuführenden Gefrierfleisches fordern. Die Eingabe ist gleichzeitig dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister zur Kenntnisnahme zugegangen. Sie lautet:

Auf Grund des Wortlauts des Gesetzes über Zolländerungen ist „Gefrierfleisch“ im Rahmen der bisherigen Einfuhr zollfrei zu lassen. Durch diese Bestimmung, im Rahmen der bisherigen Einfuhr“ war die Möglichkeit gegeben, diejenigen Mengen als Höchstmaß zugrunde zu legen, die in den letzten Monaten vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden waren. Das Reichsernährungsministerium hat aber als Höchstmaß die geringe Menge des Jahres 1924 angenommen. Das Jahr 1924 sollte indessen als Normaljahr nicht in Betracht gezogen werden, weil die Kaufkraft der Bevölkerung nach der Währungsstabilisierung noch bis weit in das Jahr hinein so geschwächt war, daß der Fleischkonsum im allgemeinen, besonders der Gefrierfleisch-Konsum, für die minderbemittelte Bevölkerung nicht in einem für die Volksernährung notwendigen Ausmaß möglich war. War doch der Fleischverbrauch der Bevölkerung von über 50 Kilogramm je Kopf im Jahre 1913 auf rund 30 Kilogramm im Jahre 1923 herabgesunken. Zwar ist der Fleischverbrauch im Jahre 1924 auf rund 42 Kilogramm gestiegen, während er 1925 bereits 47 Kilogramm betrug.

Nach den bekanntesten deutschen Hygienikern, die in diesem Punkte völlig übereinstimmen, sollte auf den Kopf der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf ihre industrielle Betätigung ein Fleischverbrauch von mindestens 70 Kilogramm jährlich entfallen. Beträglich beträgt der Fleischverbrauch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf den Kopf der Bevölkerung über 80 Kilogramm. Die deutsche werktätige Bevölkerung hat also nur die halbe Fleischernährung gegenüber der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten.

Zum gesundheitlichen Wohl der deutschen Arbeiterkassenschaft richten daher die unterzeichneten Spitzenverbände an den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft das Ersuchen, als Höchstmaß zollfrei einzuführendes Gefrierfleisch die Menge zugrunde zu legen, die im letzten Vierteljahr vor Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden ist.

Gemeinden als Mitglieder der Konsumvereine.

Das Stadtverordnetenkollegium in Chemnitz hat mit Mehrheit den Beitritt der Stadt Chemnitz zum Allgemeinen Konsumverein für Chemnitz und Umgegend beschlossen. — Die Gemeinde Ober-Raden, Kreis Dieburg (Hessen), ist dem Konsumverein für Sprendlingen und Umgegend als Mitglied beigetreten.

Bessere Abnahme der Konsum- und Geschäftsaussichten.

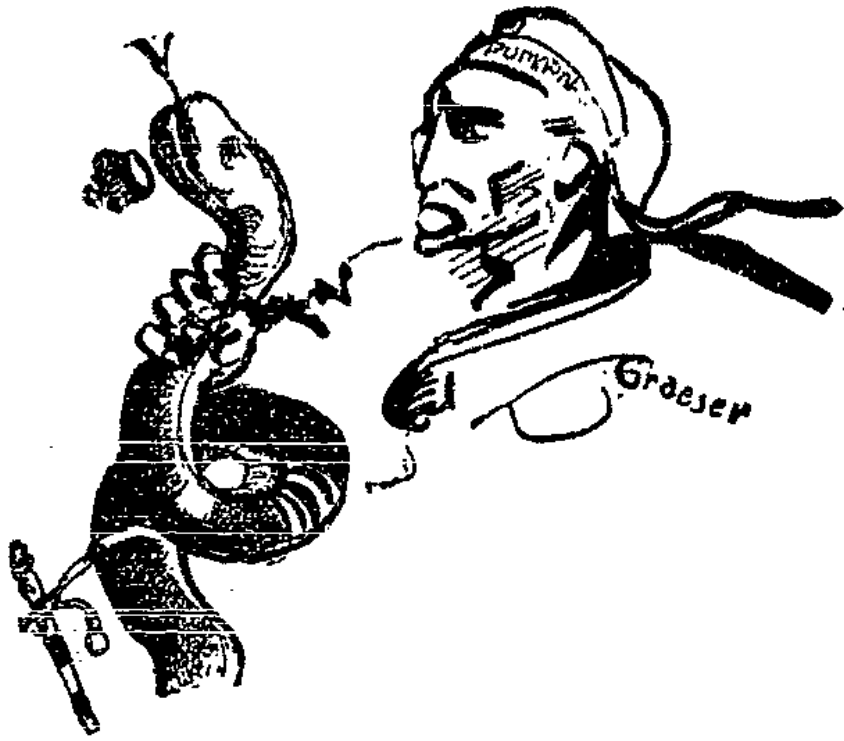
Im Mai ist die Zahl der Konsum- und neu verhängten Geschäftsaussichten weiter auf 1007 (1261) bzw. 644 (955) zurückgegangen, während sich gleichzeitig die Zahl der im Mai angebotenen Geschäftsaussichten auf 928 (836) erhöht hat. Weitens der größte Teil dieser Geschäftsaussichten wurde durch Zwangsversteigerung demontiert.

Die gesamte Produktion Polens hat sich auf 29 000 000 mt im Jahre 1922 gesteigert, das ist eine Verminderung von 3 120 000 mt im Jahre 1924. Infolge des Handelskrieges mit Deutschland ist die Produktion von 6 770 000 Tonnen 1924 auf 2 760 000 Tonnen 1925 zurückgegangen.

Die Kohlenförderung Englands betrug 89 millionen Tonnen im Dezember 1925, die Zahl der verkauften Tonnen von 1 594 500 Tonnen im Februar auf 1 725 910 Tonnen im März.

Potemkin...

Wütender Sturm auf der gesamten reaktionären Presse gegen den russischen Film „Potemkin“! Einen „Agitationsfilm zur Vorbereitung der zweiten Revolution“ nennen ihn die Schwarzweissen. Die Behörden werden bestürzt, den Film zu verbieten. Und warum diese Erregung im reaktionären Lager? Wer den



Film gesehen hat, weiß die Antwort auf die Frage. Hier wird einmal der faule Hochmut, die brutale Unmenschlichkeit einer Offiziersliste in furchtbarer Nacktheit zur Schau gestellt. Das ist mehr als ein Film im landläufigen Sinne. Blutvolles Leben rollt vor uns ab, wilder Aufschrei gepinnter Kreatur gellt uns entgegen. Man sieht nicht nur die Bilder auf der Leinwand, nein, man lebt die ganze Tragödie der Besatzung des „Potemkin“ selbst mit. Mit großem künstlerischen Wurf ist alles gestaltet. Und wer hier gesehen hat, wie die Matrosen durch unmenschliche Behandlung und

menschenunwürdige Kost zur Verzweiflung getrieben werden, der hat zugleich eine

Illustration zu den Vorgängen in der deutschen Marine im Jahre 1917.

Hier liegt die Erklärung für das Wutgehul der reaktionären Presse. Die Enthüllungen des Abgeordneten Wittmann im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Reichstages über die Marinejustizmorde von 1917 und die Admiralsrebellion von 1918 werden wieder lebendig durch den Potemkin-Film. Wer denkt nicht an die Antworten, die deutschen Matrosen 1917 von Marineoffizieren auf Beschwerden über schlechte Verpflegung gegeben wurden:

„Ihr verfluchten Schweinehundel! Ihr sollt froh sein, daß Ihr überhaupt etwas zu freissen bekommt!“

oder:

„Ob Sie verrotten oder nicht, ist uns egal...!“

Wem kommen nicht diese Vorkommnisse auf deutschen Kriegsschiffen in Erinnerung, wenn er im Potemkin sieht, wie die Matrosen gezwungen sind, verrottes Fleisch zu essen, während die Offiziere schlemmen? Und gerade angesichts der neuen Versuche im Untersuchungsausschuss, die Urlaubsdemonstrationen, Hungerrevolten und Gehorsamsverweigerungen, die 1917 in der deutschen Flotte nur die Folge der schlechten Mannschaftsverpflegung und der brutalen Hochmütigkeit der Offiziere waren, in eine wohl vorbereitete politische Meuterei und Verschwörung umzufallen, wird der Sturm auf der Reaktion gegen diesen Film erst voll verständlich. Der Abgeordnete Wittmann hat in seiner Antwort auf Brüninghaus' fruchtlosen Reinwaschungsvorschlag der Marineoffiziere im Untersuchungsausschuss die historische Wahrheit festgestellt. Eine ausführliche Darstellung der Vorgänge in der deutschen Marine von 1917/18 gibt er in seiner Aufsichtserregenden Broschüre: „Die Marine-Justizmorde von 1917 und die Admiralsrebellion von 1918“. (Preis: 1,60 Mk.) Kapitän Persius hat in seinem Buch „Menschen und Schiffe in der kaiserlichen Flotte“ eine ungeschminkte Schilderung der Zustände in der deutschen Flotte niedergelegt. (Preis: 3,75 Mk.) Wer den Potemkin-Film gesehen hat, muß diese beiden Bücher lesen! Sie sind im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68, erschienen und sind in jeder Volksbuchhandlung zu haben.

Aus Schlesien.

Abnahme der Säuglingssterblichkeit in Schlesien.

Im Jahre 1913 kamen auf je 1000 Lebendgeborene im Reich 151 im 1. Lebensjahr gestorbene Kinder, in Preußen 150, in Schlesien aber 194. Dieses Verhältnis, die sogenannte Säuglingssterblichkeit, hat sich nach dem Kriege allgemein gebessert, nur lehte in Schlesien die Besserung später ein: 1921 lauzierten die Ziffern für das Reich sowohl wie für Preußen 134, für Niederschlesien dagegen 183 und für Oberschlesien gar 209. Damit waren die schlesischen Gesundheitsverhältnisse hierin ungeschär auf dem Stande des Reichs vor 20 Jahren, denn die oberschlesische Ziffer entspricht der des Reichs vom Jahre 1900, die niederschlesische etwa der vom Jahre 1902. In den folgenden Jahren, 1922 und 1923, erreichte Niederschlesiens Säuglingssterblichkeit (174 und 173) den Reichsdurchschnitt von 1908/09, Oberschlesiens Ziffern (186 und 184) den von 1906. Dann überprüfing die Entwicklung in Oberschlesien im Jahre 1924 die Fortschritte im Reich während sieben Vorkriegsjahren und kommt mit der Ziffer 150 etwa auf den Reichsdurchschnitt von 1913, während das Ergebnis in Niederschlesien sogar (mit 139) noch günstiger als das des Reichs von 1919 ist.

Trotzdem auch im Reich die Verbesserung erheblich war, machte sie in Schlesien doch noch größere Fortschritte; denn die Ziffer der Säuglingssterblichkeit war in Niederschlesien 1921 noch um 37 Prozent höher als die im Reich, 1922 um 34 Prozent und 1924 nur um 29 Prozent; in Oberschlesien 1921 noch um 56 Proz. höher als im Reich, 1922 um 43 Prozent und 1924 nur um 39 Prozent.

Wenn diese relativ günstigen Ergebnisse z. T. auch auf die Abnahme der Geburten überhaupt und die daraus anscheinend sich ergebende höhere Lebensfähigkeit jedes Kindes zurückzuführen sind, so wird man etwas von der Besserung doch auf das Konto zunehmender Gesundheitsfürsorge Schlesiens setzen dürfen.

Auras. Reichsbanner. Am Sonntag, den 6. Juni, findet in Dahnernsruh ein Kreistreffen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Auch der hiesige Ortsverein wird sich daran beteiligen. Der Abmarsch ist um 11 Uhr vom Ring und zwar per Auto. Es werden alle Kameraden gebeten, sich am Kreistreffen zu beteiligen. Vor allen Dingen gilt es, den Einbruch, den dort der Jungsturm hinterlassen hat, auszulöschen und zu zeigen, daß es auch noch Republikaner gibt. Die Hin- und Rückfahrt per Auto kostet 1 Mark und die Freispalte 30 Pfennige.

Glogau. Drei Arbeiter ertranken. Auf der Oder bei Weichsel im Kreise Glogau kenterte ein mit drei Arbeitern der Dorsstrombauverwaltung besetzter Kahn. Alle Insassen ertranken.

Reichenbach. Ein jamaoer Kreisjugendpfleger. An der evangelischen Volksschule 1 in Reichenbach unterrichtet der Lehrer Wilhelm Garbe, der nebenamtlich das Amt des Kreisjugendpflegers im Kreise Reichenbach ausübt. Ueber diesen Herrn schwirren schon seit längerer Zeit Gerüchte umher, denen endlich die Reichenbacher Polizei nachgegangen ist. Es hat sich dabei herausgestellt, daß Garbe minderjährige Mädchen nachstellt und sich bereits merkwürdiger Manipulationen schuldig gemacht hat. Sofort war die Reichenbacher Rechtspreffe auf dem Plan und nahm Garbe gegen diese Beschuldigungen, die er übrigens zugegeben hat, in Schutz, weil er „nur im Privatleben“, aber nicht als Lehrer oder Kreisjugendpfleger, dies getan hätte. Die doppelte Moral, die hier die Deutschnationalen offenbaren, wurde in scharfen Worten von unserem Parteiblatt, dem „Proletarier“, geäußert. Es hielt ihnen vor, was sie wohl gegestert hätten, wenn Garbe den Vinsparteien angehört hätte. Dem konnte sich sogar das „neutrale“, „Reichenbacher Tageblatt“ nicht verschließen, das sich endlich zu der Erklärung herbeiließ, daß es wohl besser wäre, wenn Garbe schleunigst Reichenbach verlasse. Von alledem hat die vorgesetzte Dienstbehörde des Garbe, die Breslauer Regierung, weißes Kennzeichen erhalten. Dessen ungeachtet erteilt Garbe weiter seinen Unterricht, und noch dazu in einer Klasse n. Klasse. Abgesehen von der Gefahr für die Kinder dürfte der Hetsch vor dem Lehrer als Lehrsache nicht sein. Die Regierung nimmt sich reichlich Zeit mit der Eröffnung des Disziplinarverfahrens und der Suspendierung vom Amt. Wie lange noch?

Reichenbach. Mit einem Bismarckspieß nieder-geschlagen. Ein Bekannter verblieb in einem besagten Lokal einen heftigen Streit. Bis man ihm den Eintritt in das Lokal

verweigerte, ergriff er einen schweren Blumentopf und schlug diesen dem Tanzlehrer Geier aus Walderburg, der in dem Lokal einen Tanzkursus abhielt, herab über den Kopf, daß der Betroffene stark blutend und benümmungslos zusammenbrach. Der Täter, der der völlig entgleiste Sohn eines hiesigen Lehrers ist, wurde der Polizei übergeben.

Tschammer. Der neue Schacht, der in der Nähe der Friedhofstraße abgeteuft wird, hat bereits eine Tiefe von 13 Metern erreicht. Wie wir hören, soll der Schacht 26 Meter tief getrieben werden. Neuerdings haben die Arbeiter sehr unter dem Einfluß des Wassers zu leiden. Augenblicklich sind zwei Wasserpumpen im Gange, die das Wasser durch Rohrleitung über Tage befördern. Das Abbaufeld, das durch den Schacht erreicht werden soll, ist auf 40 Jahre berechnet worden.

Landeshut. Von einem Motorrad geschleift. Einen verhängnisvollen Ausgang nahm eine Motorradpartie des 18jährigen Sohnes des Handelsmanns Nodelnik, der den Motor Bittner aus Oberleppersdorf als Beifahrer auf dem Motorrad mitgenommen hatte. In der Nähe von Volkshain stürzte B. infolge eines plötzlichen Unwohlseins vom Kads und wurde ein Stück mitgeschleift. Schwer verletzt wurde der Verunglückte ins Volkshainer Krankenhaus geschafft, wo die Verletzung einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung feststellten.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Wahlung Ortsgruppenführer! Erweiterter Parteivorstand.

Freitag, den 4. Mai, abends 8 Uhr, findet im Zimmer des Gewerkschaftshauses eine sehr wichtige Sitzung des erweiterten Parteivorstands Breslau-Land-Neumarkt statt. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein. Im Behinderungsfalle muß unbedingt ein Vertreter geschandt werden.

Kreisikonferenz der SPD.

Kreisvorstandsmittglieder, Kreisstabsabgeordnete, Stadtverordnete, Gemeindevorsteher, Ortsvereinsvorsitzende und Vertrauensleute!

Am Sonntag, 6. Juni, nachmittags 12½ Uhr findet im „Gelben Löwen“ in Neumarkt eine wichtige Kreisikonferenz statt. Tagesordnung: 1. Vorbereitung der Volksentscheide (Referent Bezirkssekretär Genosse Mahe-Breslau). 2. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aus allen Orten des Kreises unbedingt erforderlich. Der Kreisvertrauensmann

Wahlung Ortsgruppenführer! Zu der am Freitag (statt findenden erweiterten Vorstandssitzung, die im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses um 8 Uhr stattfindet, sind die Versammlungspläne von sämtlichen Ortsgruppen mitzubringen.

Oswitz. Reichsbanner. Sonntag, den 6. Juni, findet das hiesige Ortsgruppe übertragene Kreistreffen, verbunden mit Bannerweihe, statt. Kamerade und Republikaner der umliegenden Ortsvereine, nicht in von Staub und schlechter Luft erfüllten Lokalen wollen wir dieses republikanische Fest veranstalten, sondern in der freien Natur, in dem so schönen Oswitzer Wald, wollen wir unseren Schwur zur Republik ablegen. Das Häuflein Getreuer in unserem Ort ist noch sehr klein, deshalb bitten wir die umliegenden Ortsvereine um rege Anteilnahme.

Haslitz. Unfall oder Verbrechen? Am Dienstag, den 1. Juni, früh zwischen 2 und 3 Uhr, fand man den Fabrikarbeiter Kurt Kramer von hier vor dem Hause seiner Wohnung in schwerstem Zustand liegen. Kramer, der noch Lebenszeichen von sich gab, hatte einen Schädelbruch und noch verschiedene andere Verletzungen, unter and. tem auch am Unterkörper. Ob die Verletzungen von einem Unglücksfall oder von einer anderen Einwirkung herrühren, konnte bis jetzt nicht ermittelt werden. Kramer ist im Laufe des Tages seinen Verletzungen erlegen. Die Leiche ist von der Polizei beschlagnahmt worden. Erst die Sezierung dürfte näheres über die Todesursache ergeben.

Neumarkt. Sozialdemokratischer Verein. In der am vergangenen Sonntagabend abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete Genosse Kaul Bericht von der am Samstagabend in Breslau stattgefundenen Generalversammlung. — Das Ergebnis der Wervbeweise wurde als befriedigend bezeichnet und der Kolporteurin Genossin Döring für ihre aufopfernde Arbeit stets verbundenen Erfolgen wärmster Dank ausgesprochen. — In kurzem Umfange streifte alsdann Genosse K a w r o t h die wichtigsten Verhandlungspunkte der letzten Bezirksikonferenz. — Ein reges Interesse nahm die Versammlung an den Ausführungen des Vorsitzenden zum Volksentcheid. Die Vorbereitungen zum großen Kampfe müssen überall beginnen. Dazu ist notwendig, daß jeder Genosse und jede Genossin tatkräftig mitwirkt. Es ist Ehrensache für alle Parteimitglieder, in dem gigantischen Kampfe zwischen Volk und Fürsten, alter gegen neue Zeit, mitzuhelfen, den Sieg an unsere Fahne zu setzen. Den Auftakt hierzu soll die am Sonntag, den 6. Juni, in Neumarkt tagende Kreisikonferenz geben, der sich nachmittags 2 Uhr eine öffentliche Volksversammlung anschließt, in der der Bezirkssekretär Genosse Mahe-Breslau über das Thema „Die Verhinderung des Raubzuges der Fürsten zum Wohle des deutschen Volkes“ sprechen wird. Weitere Versammlungen von dem Volksentcheid sind vorgesehen. — Angeregt wurde, von dem Angebot der Genirale, Lichtbildervorträge, Lieberbücher, Abzeichen, Gebrauch zu machen und in der nächsten Versammlung selbige zum Betrieb zu stellen. — Als erste Schriftführerin wurde Genossin K l e i n e r t gewählt. — Derrliche zur Debatte gestellte Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.



Das Buch!

Wessen Seele aus des Tages Ärmel hinausgesehen will, der findet seinen wahren Freund im Buch!

Volkswacht-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5

Breslauer Hallenschwimmbad

Elektr. Licht- und Teillichtbäder mit Massage.

Außer Sonntags täglich von 8 bis 8 Uhr.

Köstritzer Schwarzbier



Das Bier für Sie!

Echöllisch bei Curt Dierichs Biergroßhdlg. Breslau 10, Mathiasstraße 67/71 a, Fernnr. Ring 87 und 843, und in allen durch Plakate kenntlichen Geschäften.

2976

Fahrräder

In allen Preislagen auf Teilzahlung

2975

Kusch

Schlesienstraße 29b
Ecke Drahthofstraße
Neumarkt 28
Viktoriastraße 27



Die GEG-Nährmittelfabrik in Magdeburg

stellt u. a. Backpulver, Zitronen- u. Mandelöl, Natron, rote Grütze u. die verschiedenst. Puddingpulver her. Diese hochwertigen genossenschaftlichen Erzeugnisse wie überhaupt alle GEG-Artikel erhalten Sie nur im

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“

Sind Sie schon Mitglied?